



MATERIAL



Erstes bundesweites Netzwerktreffen Migration und Entwicklung

Dokumentation

Im Auftrag des

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

50 Jahre

Wir machen Zukunft.
Machen Sie mit.

Nr. 48

Impressum:

Herausgeber:
GIZ GmbH – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.
Friedrich-Ebert-Allee 40, D-53113 Bonn
Fon +49/228/4460-1600, Fax+49/228/4460-1601,
info@service-eine-welt.de, www.service-eine-welt.de
V.i.s.d.P.: Anita Reddy

Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 48
Projektleitung: Dr. Stefan Wilhelmy

Texte: Petra Schmettow, Saskia Krämer (sowie Britta Kläsener für Teil II)
Redaktion: Dr. Stefan Wilhelmy, Petra Schmettow, Deborah Schaeffer
Fotos: forum für internationale entwicklung + planung

Titelgestaltung: dreimalig, Köln
Druck: MediaCologne Kommunikationsmedien GmbH, Hürth
100% Recyclingpapier, RecyMago

Produktionsnummer: 7.01-0006-2011

Bonn, Oktober 2011

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers.
Die Reihe "Material" wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
sowie die Bundesländer
Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Erstes bundesweites Netzwerktreffen
Migration und Entwicklung

Dokumentation

Inhaltsverzeichnis

Vorwort..	7
Teil I – Dokumentation des Netzwerktreffens am 3. Mai 2011	9
1 Begrüßung und Einführung	9
1.1 Begrüßung durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)	9
1.2 Begrüßung durch das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) .	10
1.3 Begrüßung seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	11
1.4 Thematische und programmatische Einführung	11
2 Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene anhand von Praxisbeispielen.....	15
2.1 Der Weg zur Schaffung eines Interkulturellen Zentrums in Heidelberg	15
2.2 Darstellung von Beispielen guter Praxis im Internet	18
3 Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene – Ergebnisse aus Untersuchungen.	19
3.1 Wechselwirkungen zwischen entwicklungspolitischem Engagement und Integration	19
3.2 Bundesweite Umfrage des Fachforums Diaspora, Migration und Entwicklung	22
4 Förderprogramm des CIM für Migrantenorganisationen.....	24
5 Ausgestaltung des Bundesweiten Netzwerks Migration und Entwicklung	27
5.1 Bedarf aus Sicht der Teilnehmenden	27
5.2 Eindrücke vom Improvisationstheater	31
5.3 Zusammenfassung des Netzwerktreffens und Ausblick.....	32
Teil II – Beispiele guter Praxis	34
Aachen – Von der Regionalkonferenz Afrika zum AfrikaForum.....	34
Bremen – "Afrika ist auch in Bremen"	36
Düren – Eine - Welt - Initiativen und Migrantenorganisationen im Dialog – gemeinsam für eine bessere Welt.....	38
Heidelberg – Gründung eines Interkulturellen Zentrums.....	40
Leipzig – Interkulturelle Kompetenzbildung und Empowerment für Leipziger und sächsische Migrantenorganisationen, interkulturelle und entwicklungspolitische Vereine.....	44
Ludwigsburg – Afrikatag - Afrika hilft Afrika	46
Stuttgart – Handlungsfeld „Entwicklungspolitik“ im Forum der Kulturen e.V.	52

Anhang

Tagesordnung.....	54
Teilnehmerliste.....	56
Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten der Länder	59
Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit.....	63
Glossar.....	72
Publikationen	73
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.....	78

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

„Integration ist keine Einbahnstraße!“ lautete das Credo unseres zusammen mit dem Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) veranstalteten ersten bundesweiten Netzwerktreffens „Migration und Entwicklung“ am 3. Mai 2011 in Frankfurt. Anstelle von aufgesetzten und eindimensionalen Kulturmustern geht es um Akzeptanz, gelebte Vielfalt, Dialog und Austausch. Auch in der entwicklungspolitischen Diskussion vollzieht sich seit einigen Jahren ein „doppelter Perspektivenwechsel“. Immer öfter werden die fachlichen und persönlichen Kompetenzen und Potenziale von Migrantinnen und Migranten anerkannt und ihrem Wissen und ihren Einschätzungen entsprechende Beachtung geschenkt. Daraus können und sollten sich kostbare Handlungsansätze für eine interkulturell kompetente Entwicklungspolitik in den Städten, Gemeinden und Landkreisen entwickeln. Als gutes Beispiel kommunaler Praxis sei hier die Schaffung eines Interkulturellen Zentrums (IZ) in Heidelberg genannt. Auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema nimmt zu, zwei Studien wurden bei dem Netzwerktreffen vorgestellt. Aber noch liegt in den kommunalen Fachbereichen „Internationales“ und „Integration“ viel Potenzial brach, das durch den Austausch untereinander und die Suche nach neuen Kooperationsformen erschlossen werden könnte. Eine große Herausforderung stellt auch – angesichts der Heterogenität innerhalb der Diaspora und der Welt der „deutschen“ Eine-Welt-Akteure – die Klärung des konkreten Bedarfes und Nutzens einer längerfristigen Vernetzung dar.

Die Servicestelle verfolgt das Anliegen, zu einer engeren Verzahnung von Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene beizutragen. Das Netzwerktreffen brachte dazu verschiedene Akteure aus Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft miteinander ins Gespräch und diente dem kollegialen Austausch zu praxistauglichen Ideen, Handlungsansätzen und beispielhaften Projekten. Die intensive Diskussion auf dem Treffen zeigte, dass in der politischen Selbstvertretung von Migrantinnen und Migranten der Schlüssel für ihr Engagement auf kommunaler Ebene liegt und bedeutende Synergieeffekte zwischen entwicklungspolitischen Aktivitäten und einer positiven Wirkung auf Integration vor Ort bestehen. Allerdings verwiesen die Vertreter/innen aus den Kommunen auf den unzureichenden politischen Auftrag und die mangelnden Ressourcen, um dieses Themenfeld intensiver bearbeiten zu können. Hier gibt es noch viel zu tun und erfolgreiche Beispiele können entsprechende Prozesse in Gang setzen.

Auf der Konferenz wurde ein Fragenraster zur Analyse gelungener Vernetzungsprozesse vorgestellt: Im zweiten Teil des Heftes werden nun zehn gute Beispiele aus der Praxis von Aachen über Heidelberg bis hin zu Stuttgart beschrieben. Außerdem erfüllen wir noch einen ausdrücklichen Wunsch der Teilnehmer und Teilnehmerinnen: Wir dokumentieren den richtungweisenden Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder zum Stellenwert der kommunalen Entwicklungspolitik aus dem Jahr 2008 und dessen Umsetzungsvorschriften.

Der Grundstein für das bundesweite Netzwerk ist nun gelegt. Jetzt gilt es tragfähige Strukturen aufzubauen und bestehende Kooperationen zu stärken. Die Vorbereitungen für die nächsten Netzwerktreffen laufen bereits.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und bedanke mich für Ihr so wichtiges Engagement, Ihre

A handwritten signature in black ink, reading "Anita Reddy". The signature is written in a cursive, flowing style.

Anita Reddy, Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Teil I – Dokumentation des Netzwerktreffens am 3. Mai 2011

1 Begrüßung und Einführung

Das erste bundesweite Netzwerktreffen „Migration und Entwicklung“ wurde am 3. Mai 2011 von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt in Kooperation mit dem Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) in deren Räumlichkeiten in Frankfurt am Main veranstaltet.

1.1 Begrüßung durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Anita Reddy, Leiterin der Servicestelle, begrüßte sehr herzlich die rund 40 Anwesenden und verwies darauf, dass die Servicestelle vom großen Interesse an der Veranstaltung positiv überrascht war: Einer Reihe von Interessenten musste leider aus Kapazitätsgründen abgesagt werden. Weitere Interessenten waren zwar an der Teilnahme verhindert, sie baten aber bereits im Vorfeld um die Zusendung der Dokumentation.

Das Netzwerktreffen richtet sich an Vertreter/-innen aus Kommunen sowie von Migrantenorganisationen (MO) und Eine-Welt-Akteuren, die im Schwerpunkt auf der lokalen Ebene aktiv sind. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt möchte den „doppelten Perspektivwechsel“, der seit einigen Jahren in der Integrationsdebatte immer stärker den Kompetenzen und Potenzialen von Migrant/-innen Beachtung schenkt und gleichzeitig in der entwicklungspolitischen Diskussion die positiven Aspekte von Migration anerkennt, in die Kommunen tragen. Aus Sicht von Frau Reddy gibt es kostbare Handlungsansätze für eine interkulturell kompetente Entwicklungspolitik in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Noch liegt in den Fachbereichen „Internationales“ und „Integration“ viel Potenzial brach, das durch den Austausch untereinander und die Suche nach neuen Kooperationsformen erschlossen werden könnte. Hinsichtlich der Erfahrungen aus dem SKEW-Pilotprojekt „Migration und Entwicklung“ verweist Frau Reddy auf die nachfolgenden einführenden Worte von Herrn Dr. Wilhelmy und Frau Schmettow (vgl. Kap. 1.4).

Zum Abschluss ordnete Frau Reddy das Handlungsfeld Migration und Entwicklung in die weiteren Tätigkeitsfelder der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ein:

Hierzu zählt die Förderung des Fairen Handels und der Fairen Beschaffung auf kommunaler Ebene. Die Auslobung der „Hauptstadt des Fairen Handels“ alle zwei Jahre stellt dabei das Projekt mit der größten Resonanz in der Öffentlichkeit dar. Die hohen Bewerberzahlen für den Wettbewerb 2011 belegen die große Bedeutung des fairen Handels auf der kommunalen Ebene.



Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld stellt der Auf- und Ausbau von Städtepartnerschaften mit Städten in Entwicklungs- und Schwellenländern dar. Für die Vorbereitung der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika hatte die Servicestelle deutsche WM-Austragungsorte mit südafrikanischen Austragungsorten zu einem Wissenstransfer vernetzt. Diese guten Erfahrungen zu themenspezifischer globaler interkommunaler Vernetzung sollen mit dem Folgeprojekt zur WM in Brasilien 2014 und mit dem Aufbau von „50 Klimapartnerschaften bis 2015“ fortgesetzt werden.

1.2 Begrüßung durch das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)

Im Anschluss begrüßte der Leiter des Centrum für internationale Migration und Entwicklung, Herr Dr. Uwe Kievelitz, die Teilnehmer/-innen der Tagung und brachte seine Freude zum Ausdruck, für dieses wichtige Thema Kooperationspartner sein zu dürfen. Die Kooperation passt seiner Ansicht nach hervorragend zum CIM, da es im Jahr 2011 die Förderung des entwicklungspolitischen Engagements von Migrantenorganisationen neu übernommen hat. Herr Volarević, Mitarbeiter des CIM, wird in einem späteren Beitrag darüber berichten (vgl. Kap. 4). Das CIM ist eine Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit (BA). Herr Dr. Kievelitz stellte die weiteren Programme des CIM kurz vor:

Integrierte Fachkräfte: Für Auftraggeber aus Entwicklungs- und Schwellenländern rekrutiert das CIM geeignete Fachkräfte aus Deutschland (deutsche Staatsangehörigkeit oder EU-Bürger). Die Fachkräfte sind vollständig in die Organisation des Arbeitgebers integriert, erhalten allerdings vor der Ausreise Schulungen, einen Zuschuss zum Gehalt und Beratung in der Auslandphase.

Rückkehrende Fachkräfte: Das Programm richtet sich an Fachkräfte aus Entwicklungs- und Schwellenländern, die in Deutschland (oder dem europäischen Ausland) studiert haben und an einer Rückkehr in ihr Heimatland interessiert sind. Durch eine erfolgreiche berufliche Integration und einem Know-how-Transfer tragen die Rückkehrer zu einer nachhaltigen Entwicklung in ihren Ländern bei. Neben der Beratung und Vermittlung bietet das Programm auch eine finanzielle Förderung in Form von Reise- und Transportkosten sowie eines Gehaltzuschusses an.

Unter dem Eindruck des Fachkräftemangels in Deutschland unterstützt das CIM in Kooperation mit der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) durch das so genannte Triple Win Migration Projekt die Arbeitsmigration nach Deutschland. Die Schwerpunktländer sind Vietnam, Bosnien und Albanien.

CIM ist Kooperationspartner des Portals www.alumniportal-deutschland.org, das Menschen, die in Deutschland studiert, geforscht, gearbeitet oder sich weitergebildet haben, die Möglichkeit bietet, ihre Kompetenzen und Kontakte zu sichern, auszubauen und für ihre persönliche und berufliche Entwicklung zu nutzen.



1.3 Begrüßung seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Den Abschluss der Begrüßungsworte übernahm Frau Daphne Gross-Jansen im Namen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Sie bedankte sich bei der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und beim CIM für das Ausrichten des Netzwerktreffens. Frau Gross-Jansen vertritt den Fachbereich der Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit beim BMZ und daher weiß sie: „Das Engagement findet auf kommunaler Ebene statt und es lohnt sich, es dort zu stärken“. Ihrer Beobachtung nach stellen heute die klassischen deutschen entwicklungspolitischen NROs und Migrantenorganisationen keine reinen Parallelgesellschaften mehr dar. Dennoch ist es weiterhin notwendig, die Verbindung zwischen dem entwicklungspolitischen Engagement der Migrant/-innen und der deutschen Mehrheitsgesellschaft vor allem auf kommunaler Ebene auszubauen. Sie begrüßte deshalb ausdrücklich, den Netzwerkaufbau fortzusetzen, der mit dem Modellvorhaben der Servicestelle (2007 bis 2009) im Auftrag des BMZ begonnen wurde und wünschte der Veranstaltung einen guten Verlauf.

1.4 Thematische und programmatische Einführung

Zum Einstieg in das Tagungsthema gab Herr Dr. Stefan Wilhelmy von der Servicestelle einen Überblick über bisherige Erfahrungen und Aktivitäten im Handlungsfeld Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene.

Zusammenarbeit mit lokaler Diaspora - Worum geht es?

Herr Dr. Wilhelmy verdeutlichte, dass die Potenziale von Migration und Entwicklung häufig erst noch erkannt und auf kommunaler Ebene fruchtbar gemacht werden müssten. Hierfür ist weiterhin Überzeugungsarbeit notwendig und es gibt sowohl mentale, als auch reale institutionelle Hürden innerhalb der Verwaltungen zwischen den Bereichen Kommunaler Entwicklungspolitik und Migration/Integration zu überwinden. Eine potenzialorientierte Perspektive öffnet den Blick für eine stärkere Förderung der Vernetzung und/oder der Kooperation zwischen den beiden Bereichen.

Zentrale Akteure einer Zusammenarbeit stellen auf kommunaler Ebene die zuständigen Stellen für Integration oder Internationales/Eine Welt dar. Mögliche Akteure auf zivilgesellschaftlicher Ebene sind Vereine oder Gruppen aus dem Bereiche Migration/Integration oder Eine Welt; auch Kirchen können in der Zusammenarbeit eine Rolle spielen.

Ziele

Herr Dr. Wilhelmy hob die Ziele, die durch eine Zusammenarbeit erreicht werden können, hervor:

- Erstens wird durch das Einbeziehen von Menschen mit Migrationshintergrund die Entwicklungszusammenarbeit und -politik auf kommunaler Ebene gestärkt.
- Zweitens stellt eine verbesserte kommunale Entwicklungszusammenarbeit einen Beitrag zur Entwicklung der Herkunftsländer der Migrant/-innen dar.
- Und Drittens ist die Vernetzung ein neuer Anlass für einen themenorientierten Dialog und leistet daher einen Beitrag zur Integration.

Das Modellprojekt „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“

In der Anfangsphase wurden regionale und bundesweite Workshops veranstaltet, um den Kontakt zu den Kommunen herzustellen und die Bedarfe der Kommunen zu ermitteln. Die Studie (vgl. Material Nr. 31) zum aktuellen Stand und den Potenzialen des Zusammenwirkens lieferte den theoretischen Hintergrund und einen guten Überblick über bundesweite Aktivitäten. Basierend auf diesen Erkenntnissen durchlief das Projekt „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“ in den Jahren 2008 und 2009 die Praxisphase in den fünf Modellorten Bonn, Kiel, Leipzig, München und dem Kreis Düren. Auf der lokalen Ebene fanden jeweils eine Reihe von vier Workshops zur Vernetzung von Eine-Welt-Gruppen, Experten der Entwicklungszusammenarbeit und MO unter der lokalen Federführung der jeweiligen Kommunalvertreter statt. Die lokalen Prozesse wurden begleitet vom forum für internationale entwicklung + planung (finep) und dem Institut für soziale Innovation. Bestandserhebungen zur lokalen Akteurslandschaft sowie Beratungen zur Projektmitelakquisition ergänzten die Workshop-Phase.



Erfolge des Projekts

Durch das Projekt konnten die lokalen Netzwerkstrukturen zwischen Eine-Welt-Akteuren und MO in den Modellkommunen aufgebaut und gestärkt werden. Neue Kontakte wurden durch die gemeinsame Auseinandersetzung geknüpft und Ressourcen in gemeinsamen Handlungsfeldern gebündelt.

Dadurch wurde ein Beitrag zur Integration und zur interkulturellen Öffnung auf kommunaler Ebene geleistet. Die in der Entwicklungszusammenarbeit aktiven Migrant/-innen konnten ihre Bedarfe und Perspektiven in den Prozess einbringen. Dadurch wurde das internationale Engagement der Migrant/-innen und ihre Kompetenz für entwicklungspolitische Bildungsarbeit anerkannt und ihr Zugang zu kommunalen Institutionen verbessert.

Die systematische Bestandsaufnahme schuf einen besseren Überblick über die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Eine-Welt-Akteure und MO (vgl. beispielhaft hierzu die Broschüre „Kiel global“). Gerade solche Akteure, die weniger im Bewusstsein der lokalen Öffentlichkeit standen, konnten für die Mitwirkung im Netzwerk gewonnen werden.

Eindrücke

Das Projekt ermöglichte wertvolle Einblicke in die Wahrnehmungswelt von entwicklungspolitisch aktiven Migrant/-innen. Deutlich wurde, dass die Themen und Konzepte der nationalen und internationalen Diskussion, wie z.B. Rücküberweisungen oder Rückkehrförderung vor Ort hoch sensibel wahrgenommen und diskutiert werden.

In der Öffnung der Entwicklungszusammenarbeit sehen die MO Chancen auf Anerkennung und Mitwirkung. Allerdings werden auch die teilweise auftretenden Abwehrreflexe „deutscher“ Nichtregierungsorganisationen (NRO), die Konkurrenz um Ressourcen und die Verteidigung von Strukturen als frustrierend empfunden.

Herr Dr. Wilhelmy fasste zusammen, dass alles in allem die Öffnung und Bündelung der Handlungsfelder der Kommunen, Eine-Welt-Akteure und MO ein sinnvoller, jedoch auch ein langwieriger Prozess ist, da zuerst Vertrauensarbeit geleistet werden muss.

Frau Petra Schmettow vom forum für internationale entwicklung + planung und Moderatorin des Tages präsentierte im Anschluss an Herrn Wilhelmys Ausführungen eine Auswahl konkreter Ergebnisse des Modellprojekts.

Ergebnisse und Herausforderungen

Die MO und Migrant/-innen haben ein starkes Interesse an einer engeren Einbindung in die kommunale Entwicklungspolitik. Einer der wichtigen Erfolgsfaktoren für eine gelingende Zusammenarbeit sind klare kommunalpolitische Rahmenbedingungen, wie sie z.B. durch einen Ratsbeschluss geschaffen werden können. Wichtig ist zudem die Klärung der Prozessverantwortung. Wenn ein eindeutiger politischer Auftrag vorhanden ist, dann liegt die Verantwortung für den Prozess auch häufig in den Händen der Kommune.

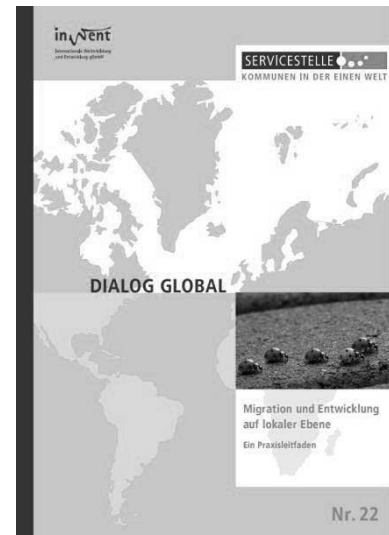
Es ist in einem Vernetzungsprozess sinnvoll, den Teilnehmerkreis im Vorfeld bewusst zu definieren. Hierbei ist es äußerst hilfreich, Schlüsselpersonen aus den Akteursgruppen der „Eine-Welt“-Szene und der Diaspora einzubinden. Die Bündelung von Kompetenzen geschieht dabei immer vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher institutioneller Rahmenbedingungen, die den Organisationsgrad, Haupt- bzw. Ehrenamt und die daraus abzuleitenden verschiedenartigen Arbeits- und Zeitstrukturen betrifft.



Angesichts der Heterogenität einerseits innerhalb der Diaspora und andererseits zwischen der Welt der MO und den „deutschen“ Eine-Welt-Akteuren stellt schließlich die Definition eines gemeinsamen Ziels, also die Klärung des konkreten Bedarfes und des Nutzen an einer Vernetzung, die größte Herausforderung dar. Gemeinsames Interesse gibt es in Bezug auf Wissen über die Strukturen innerhalb der Verwaltung, einer besseren Wirkung und Anerkennung in der Öffentlichkeit und dem Wunsch nach Unterstützungsmöglichkeiten und Fortbildungsangeboten.

Letztendlich entstehen durch die Umsetzung von konkreten Maßnahmen und Projekten Erfolgserlebnisse, die die Motivation stärken und die dadurch die Nachhaltigkeit der Prozesse sichern.

Die Aufarbeitung der Projektergebnisse findet sich ausführlich in der Veröffentlichungsreihe Dialog Global Nr. 22 „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene. Ein Praxisleitfaden.“ (vgl. auch Publikationen im Anhang).



An diese Einführung schloss sich das Tagesprogramm an. Die vorliegende Dokumentation weicht von der Reihenfolge der Beiträge ab und gliedert den Text anhand thematischer Kriterien. Den Tagungsablauf finden Sie in der Anlage.

2 Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene anhand von Praxisbeispielen

2.1 Der Weg zur Schaffung eines Interkulturellen Zentrums in Heidelberg

Vorstellung des Referenten:

Michael Mwa Allimadis Familie stammt aus Uganda, er selbst wurde in New York geboren und lebt heute mit seiner Familie in Heidelberg. Der selbstständige Unternehmensberater engagiert sich seit 2009 als Vorsitzender des Heidelberger Ausländer- und Migrationsrates (AMR). Außerdem führt er seit 2001 den Vorsitz in der Panafrikanischen Union.



Herr Allimadi berichtete über den Weg zur Schaffung eines Interkulturellen Zentrums (IZ) in der „Wissenschaftsstadt“ Heidelberg als einem konkreten Beispiel aus der kommunalen Praxis. Zentrale Gliederungspunkte seines Vortrages waren hierbei:

- Impulse für ein Interkulturelles Zentrum,
- die Konzeptstudie,
- die Erfahrungen und Schlüsse daraus,
- die aktuellen Herausforderungen für die Realisierung und
- der Ausblick in die Zukunft.

Einleitend übermittelte Herr Allimadi den Gruß von Integrationsbürgermeister Herrn Wolfgang Erichson, der am Netzwerktreffen leider nicht teilnehmen konnte.

Impulse für ein Interkulturelles Zentrum

Für die Realisierung eines IZ war vor allem der politische Wille der Stadt Heidelberg von essentieller Bedeutung, resümiert Herr Allimadi gleich zu Beginn. Die Forderung nach einem IZ in Heidelberg bestand von Seiten des Ausländer- und Migrationsrates (AMR) bereits seit über 20 Jahren. Jedoch war an eine konkrete Umsetzung des Vorhabens erst ab 2007 mit der neuen Zuständigkeit für Integrationsfragen beim „Integrationsbürgermeister“ Wolfgang Erichson (Dezernent für Integration, Chancengleichheit und Bürgerdienste) und seit der Formulierung als eines der Ziele im kommunalen Integrationsplan zu denken.

Konzeptstudie

Im Zentrum der Planungsphase stand die Konzeptstudie, die das Eine-Welt-Zentrum Heidelberg im Auftrag der Stadt durchgeführt hat. Das Eine-Welt-Zentrum galt als kompetenter Ansprechpartner für entwicklungspolitisch und kulturell engagierte Organisationen sowie für Organisationen im Integrationsbereich. Eine Befragung sollte dazu die Bedürfnisse der MO eruieren. 58 MO wurden angeschrieben und mit 37 Antwortbögen ergab sich eine hohe Rücklaufquote von 64%. Um an den vorhandenen Erfahrungsschatz anderer interkultureller Zentren in Deutschland anzuknüpfen, wurden zum Vergleich auch deren Strukturen und Angebote untersucht.

Welche Erfahrungen wurden bisher gemacht?

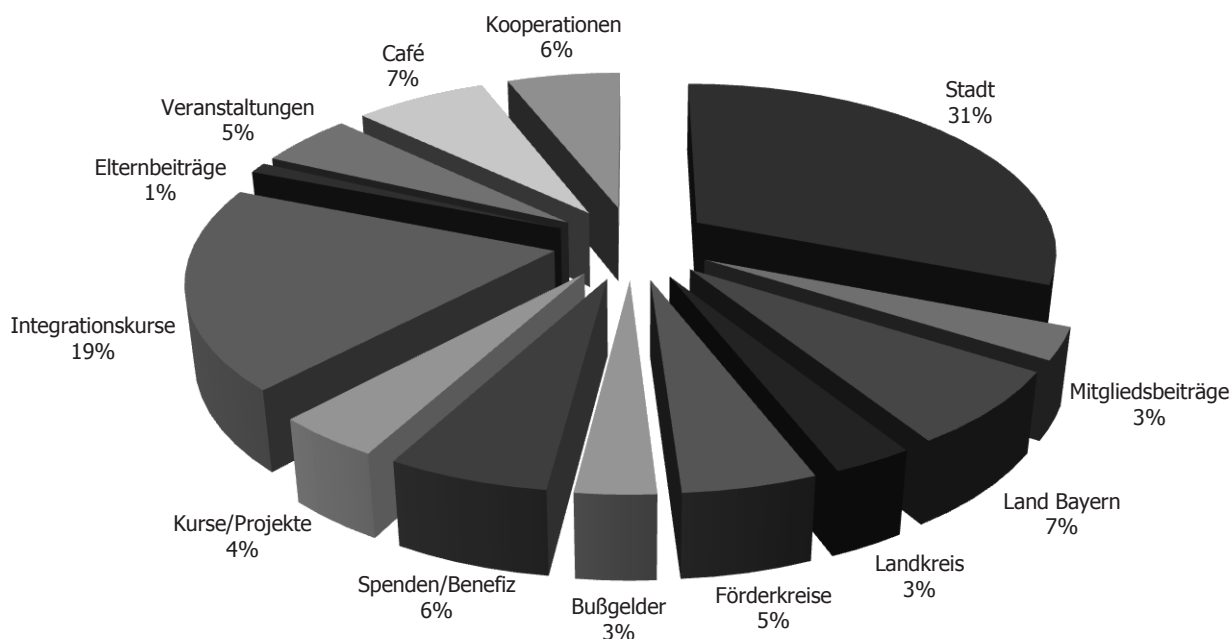
Für 84% der befragten MO ist die Bereitstellung von Räumlichkeiten sowie die Schaffung von Strukturen (Büro, Lager, Postadresse, Raum für Kurse etc.) ein zentrales Anliegen. Zum Beispiel gilt häufig: wechselt der Vorstandsposten zu einer anderen Person, dann wechselt damit auch die Kontaktadresse des Vereins und dies erschwert die kontinuierliche Zusammenarbeit auf lokaler Ebene. Aber auch für die Begegnung und das Voneinander-Lernen mit der Mehrheitsgesellschaft muss es einen Treffpunkt geben.

Die Beschäftigung mit dem Profil und den Erfahrungen anderer interkultureller Zentren machte deutlich:

Bedingt durch die jeweilige Historie der Häuser und deren inhaltlich-konzeptionellen Schwerpunkte unterscheiden sich die Trägerschaften bzw. die Organisationsformen erheblich. Die Mehrheit jedoch organisiert sich als „eingetragener Verein“ (e.V.) oder als Stiftung.

Die Größe der Räumlichkeiten/Gebäude variiert stark, was häufig mit der jeweiligen Etablierung des interkulturellen Zentrums innerhalb der Kommune zusammenhängt. Die Räume werden oft von den Städten unterhalten und sind an die Träger verpachtet oder vermietet. Auch bei der Finanzierung spielt die städtische Förderung eine große Rolle. Generell jedoch zeichnen sich die Finanzierungsmodelle anderer internationaler Zentren durch ein bemerkenswert breites Spektrum an Finanzquellen aus, wie Herr Allimadi am Beispiel des Landshuter Hauses International illustrieren konnte:

Gesamteinnahmen Haus International 2009 - 320 617 Euro



Beispiel der Finanzierungsquellen des Hauses International, Landshut

(Quelle: Konzeptstudie für ein Interkulturelles Zentrum in Heidelberg. 2010)

Schlüsse aus der Konzeptstudie

Aufbauend auf diesen Erfahrungen wurden in der Konzeptstudie Realisierungsvarianten entwickelt, von der Komplett-Realisierung, als Idealvariante mit dem direkten Erwerb einer Immobilie, bis hin zu Teil-Realisierungsschritten, wie beispielsweise dem Anmieten von Räumen bzw. einer Immobilie. Die verschiedenen potenziell denkbaren Realisierungsvarianten wurden im AMR diskutiert und mit den Gemeinderatsfraktionen erörtert. Schlussendlich sprach sich der AMR am 13. Januar 2011 dafür aus, dem Gemeinderat die so genannte Variante 2b für ein Interkulturelles Zentrum zu empfehlen. Sie beinhaltet den Vorschlag, Räume anzumieten, Fachberatung für MO zu Fragen der Vereinsgründung, Drittmittelakquisition und Projektmanagement etc. vorzusehen sowie ein Informationsportal einzurichten. Dieser Vorschlag wird als ein erster Schritt auf dem Weg zur Idealvariante verstanden. Es schien in Anbetracht der aktuellen finanziellen Haushaltslage in Heidelberg die realistischste Option, im Gemeinderat eine Mehrheit für die Finanzierung eines IZ zu finden. Am 10. Februar 2011 beschloss der Heidelberger Gemeinderat die Finanzierung der Variante 2b für die Dauer von zwei Jahren.

Aktuelle Herausforderungen

Neben der Suche nach geeigneten Räumen stehen aktuell für den AMR zwei wichtige Fragen an:

- Wer kann geeigneter Durchführungspartner, v. a. für die Fachberatung für MO, sein?
- Welche Organisation kann möglichst passgenau die Trägerschaft für das IZ übernehmen und kann die Interessen der Einzelgruppierungen bündeln?

Ausblick für die Zukunft

Da die Förderung bis 2012 befristet ist, beschäftigt sich der AMR schon jetzt mit der Weiterentwicklung: Das Angebot des IZ muss weiter ausgebaut werden, denn nur mit einem breiteren Angebot können weitere Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen und die Finanzierung auf eine breitere Basis gestellt werden. Um das Angebotsspektrum zu erweitern, ist man auf der Suche nach einer größeren Immobilie.

Anschließende Diskussion

Der Beitrag von Herrn Allimadi stieß auf reges Interesse und in der Folge wurde vor allem die Einordnung des „Heidelberger Wegs“ in die politische und soziale Struktur Heidelbergs diskutiert.

Zur Einordnung in die Sozialstruktur Heidelbergs:

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund beläuft sich auf ca. 38% und schließt Zuwanderer der 1. und 2. Generation sowie Eingebürgerte ein. Der Ausländeranteil (nach Staatsangehörigkeit) beträgt 17,4%.

Zur Einordnung in die politische Situation Heidelbergs:

Herr Allimadi hob auf Nachfrage zur Rolle der Politik hervor, dass es ohne die politische Unterstützung nicht möglich gewesen wäre, bis zu diesem Punkt zu kommen. Die Verankerung des Handlungsfeldes Integration im Dezernat von Herrn Bürgermeister Erichson sei äußerst förderlich für den Einstieg in eine Realisierung des IZ gewesen. Den Diskussionsteilnehmern war hier die Unterscheidung wichtig, dass in den meisten Kommunen Integrationsfragen nicht auf der Ebene der Beigeordneten/Bürgermeister verankert sind, sondern meist in der Verantwortung von Integrationsbeauftragten auf der Ebene von Referenten/Stabsstellen liegt. Herr Allimadi hob zudem als förderlich hervor, dass sich der AMR eine realistische Einschätzung der (finanziellen) Lage Heidelbergs zu Eigen machte: „Nicht das Maximum fordern, sondern einen realistischen Einstieg wagen“, so lautete die Devise.

Zur Rolle des Ausländer- und Migrationsrates (AMR):

Die Teilnehmenden erkundigten sich über die Zusammensetzung und die Rolle des AMR. Laut Satzung setzt sich der AMR aus 13 Ausländern (ohne deutschen Pass und ohne Wahlrecht), vier Gemeinderäten und acht gewählten Vertretern aus dem Kreis der Aussiedler, EU-Bürgern und Eingebürgerten zusammen. Der AMR sieht seine Hauptaufgabe darin, die Strukturen eines Interkulturellen Zentrums aufzubauen und für dieses die Interessensvertretung wahrzunehmen. Die eigentliche Trägerschaft wird er nicht übernehmen. Hierfür wird es notwendig sein, Personal einzustellen (~ halbe Stelle) und die Personalverantwortung kann nicht die Aufgabe des AMR sein. Der AMR will aber mit Hilfe eines Interessenbekundungsverfahrens die passende Trägerstruktur definieren.

2.2 Darstellung von Beispielen guter Praxis im Internet

Wie die Wünsche der Tagungsteilnehmer/-innen an die Netzwerkausgestaltung (vgl. auch Kapitel 5.1) bestätigen, hat das Lernen aus konkreten Fallbeispielen für die lokalen Akteure einen besonders hohen Wert. Um dies zu unterstützen möchte die Servicestelle auf ihrer Internetseite (www.service-eine-welt.de) sukzessive gute Praxisbeispiele interkulturell ausgestalteter Entwicklungspolitik auf lokaler Ebene versammeln. Eine erste Auswahl wird durch die Servicestelle selbst erstellt und wird auch in Teil II der vorliegenden Publikation dokumentiert. Die Kommunen sind allerdings auch eingeladen, sich selbst mit eigenen Beispielen einzubringen!

Die Darstellung soll einem einheitlichen Fragenraster folgen:

1. Woher stammte der Impuls für die Aktivität?
2. Wie lautete das Ziel?
3. Was wurde getan?
4. Wer hatte die Initiative und wer war beteiligt?
5. Welche Faktoren führten und führen zum Erfolg und wie lautet der Ausblick in die Zukunft?
6. Wo kann man sich weiter informieren? (Ansprechpartner/in)

Der Umfang sollte zwei geschriebene DIN-A-4-Seiten nicht überschreiten und das Praxisbeispiel kann gerne mit Bildern und/oder weiteren pdf-Dokumenten angereichert sein.

Sowohl das inhaltliche Spektrum der Handlungsansätze als auch das Spektrum der handelnden Akteure/Akteursgruppen soll im Ergebnis möglichst breit sein. Die folgende Liste soll daher eine Vorstellung über das Spektrum vermitteln und dazu einladen, selbst zu überprüfen, ob ein eigenes Beispiel zum kollegialen Austausch unter den Kommunen im Netzwerk beitragen kann:

- Eine Bestandsaufnahme über Akteure und/oder Netzwerke vor Ort
- Die Gestaltung der Vernetzung untereinander (über persönliche Kontakte oder über das Internet)
- Gemeinsame Aktionen, wie Messen, Feste, etc.
- Konzepte / Standards
- Schaffung von Treffpunkten
- Angebote der Qualifizierung, z.B. zu entwicklungspolitischer Bildung
- Formen der interkulturellen Öffnung / des interkulturellen Dialogs

3 Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene – Ergebnisse aus Untersuchungen

Zwei aktuelle Studien bieten einen Einblick in die Strukturen und Wirkungen entwicklungspolitischer Arbeit von Migrantenorganisationen. Beide Untersuchungen hatten zwar nicht explizit die Vernetzung auf der kommunalen Ebene zum Ziel. Die Ergebnisse bieten den Akteuren vor Ort aber Hilfestellung in Bezug auf Motive und Hindernisse, die die Arbeit der MO beeinflussen.

3.1 Wechselwirkungen zwischen entwicklungspolitischem Engagement und Integration

Vorstellung der Referentin:

Frau Andrea Riester arbeitet seit sechs Jahren bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Sektorvorhaben Migration und Entwicklung. Ihr Arbeitsfokus liegt auf den Themenfeldern „Remittances“, also dem Geldtransfers von Migrant/-innen in ihre Heimatländer sowie „Gender und Migration“. Die Ethnologin promovierte 2011 über Süd-Süd-Migration zur Vertreibung und (Re-)Integration von Migrant/-innen in Westafrika.



Frau Riester berichtete über die Erkenntnisse zu den Wechselwirkungen zwischen entwicklungspolitischem Engagement und Integration unter Migrant/-innen. Dies wurde im Rahmen einer Studie innerhalb des Pilotförderprogramms der GIZ „Zusammenarbeit mit der Diaspora“ untersucht. Sie gliederte ihren Vortrag folgendermaßen:

- Überblick über die Debatte zur Integration in Deutschland
- Perspektivenwechsel: gemeinsame Ziele in der Entwicklungszusammenarbeit
- Ergebnisse einer Umfrage

Debatte zur Integration in Deutschland

Als Hintergrund zum Förderprogramm „Zusammenarbeit mit der Diaspora“ fasste Frau Riester zunächst die Geschichte der Integration in Deutschland und die sich daran anknüpfende gesellschaftspolitische Debatte anschaulich zusammen:

Dabei wurde deutlich, dass sich innerhalb von rund fünfzig Jahren seit der ersten Anwerbephase so genannter „Gastarbeiter“ erst in den letzten Jahren der politische Diskurs vom Blickwinkel des Defizits hin zu den Potenzialen erweitert hat.

Diese Debatte fand nicht nur auf politischer Ebene statt, sondern zog sich auch durch die sozialwissenschaftliche Forschung, die untersuchte, ob Migrantenorganisationen (MO) einen positiven (Wissensaustausch, Unterstützung) oder eher einen negativen Einfluss auf die Integration ihrer Mitglieder haben (Förderung von Parallelgesellschaften).

Seit den 90er Jahren beschäftigt man sich auch in der Entwicklungspolitik zunehmend mit dem Potenzial von Migration für die Entwicklung in den Herkunftsländern. So wurde z. B. auf internationaler Ebene, angestoßen von Kofi Annan, der zu dieser Zeit Generalsekretär der Vereinten Nationen war, die „Global Commission on International Migration“ eingerichtet.

Deutschland führte im Jahr 2000 die Green Card ein, die jedoch aufgrund einiger einschränkender Kriterien (Zugang z.B. erst ab einem Jahresgehalt von mindestens 50.000 Euro, kein Familiennachzug etc.) nur für wenige Zuwanderer attraktiv erschien. 2005 wurde schließlich das Zuwanderungsgesetz beschlossen und am ersten Integrationsgipfel 2006 ließ sich die Erkenntnis ablesen, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ist.

Perspektivenwechsel: Gemeinsame Ziele in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ)

Die Potenzialdebatte wurde auch in der Entwicklungszusammenarbeit geführt:

- EZ und MO teilen häufig gleiche Ziele und aus einem Dialog erwachsen Chancen für Kooperationen.
- Das vielfältige Engagement der MO in ihren Herkunftsländern kann für EZ-Projekte nutzbar gemacht werden. Daraus können Synergieeffekte entstehen.
- Akteure der EZ sollen für das Potenzial der MO und bezüglich möglicher Kooperationen sensibilisiert werden.

Auf der Basis dieser Erkenntnisse legte die GIZ (damals noch GTZ) im Jahr 2007 das Pilotförderprogramm zur „Zusammenarbeit mit der Diaspora“ auf und förderte von 2007-2010 in 13 Ländern insgesamt 26 Projekte von 24 Migrantenorganisationen. Das Projekt bestätigte die Vermutung, dass es Wechselwirkungen zwischen dem entwicklungspolitischen Engagement von MO und ihrer Integration gibt und um dieser Frage systematisch nachzugehen führte die GIZ eine Umfrage unter den Projektteilnehmern durch.

Ergebnisse der Umfrage

- Das entwicklungspolitische Engagement von MO fördert die Integration ihrer Mitglieder. Dadurch werden Vorurteile auf beiden Seiten abgebaut und ein gegenseitiges Verständnis und Vertrauen wird gefördert.
- Die Zusammenarbeit auf der Länder- und Bundesebene empfinden die MO als positiv.
- MO fördern die Zusammenarbeit mit der Mehrheitsgesellschaft, aber sie wünschen sich durchaus mehr „gemischte“ Vereine.
- Das „Engagiert-Sein“ an sich schafft neue Gelegenheiten für private Kontakte und Freundschaften.

Allerdings ist noch manches verbesserungsbedürftig:

- Die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene empfinden die MO noch als schleppend (wobei nach Auffassung von Frau Riester ein Wandel erkennbar ist, wie auch das SKEW-Netzwerktreffen bestätigt).
- Seitens der Bevölkerung werden Zweifel an den MO im Hinblick auf ihre Leistungsfähigkeit und ihrer Loyalität geäußert. Zudem gibt es Misstrauen, wie Gelder verwendet werden.
- Das Engagement der MO wird nicht ausreichend gewürdigt und gefördert: Es besteht ein Unverständnis der Mehrheitsbevölkerung gegenüber der Notwendigkeit von MO und ihrem entwicklungspolitischen Engagement.

Anschließende Diskussion

Angesichts der Feststellung, dass die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene von vielen MO noch als schleppend empfunden wird, stellte sich die Frage: Was benötigen die Vertreter/-innen der Kommunen, um an dieser Wahrnehmung etwas zu ändern?

Hier wurden aus kommunaler Perspektive die folgenden *Kernmängel* genannt:

- Den Kommunalvertretern fehlt häufig der politische Auftrag, sich um das Handlungsfeld zu kümmern; das wird nur dort mit Nachdruck getan, wo durch starke lokale entwicklungs- und integrationspolitische NRO die politischen Voraussetzungen geschaffen wurden.
- Der Mehrwert von Integration (und im speziellen einer Kooperation mit entwicklungs- und integrationspolitisch aktiven MO) ist oft nicht direkt erkennbar; Aktivitäten in diesem Bereich stehen insbesondere in Zeiten knapper Kassen unter Druck und sind schwer in die Kommunalpolitik und in die Verwaltungsspitze zu vermitteln.
- Daraus resultiert die Knappheit an finanziellen und personellen Ressourcen für eine intensivere Zusammenarbeit mit MO.

Im Weiteren nannten die Teilnehmenden *Wünsche und Vorschläge*, um eine Mitwirkung der Kommunen nachhaltig zu steigern:

- Den Mehrwert einer Kooperation von kommunaler Entwicklungspolitik mit MO stärker herausarbeiten, z.B. in Form einer Argumentationshilfe für Integrationsbeauftragte.
- Die positive Wirkung von Migration und Integration auf die Wirtschaftsförderung hervorheben. Immer mehr Migrant/-innen gründen Unternehmen.
- Die Kommunen mit einem politischen Auftrag für Entwicklungspolitik, inklusive des entsprechenden Instrumentariums, ausstatten und hierfür auf Bundesebene die Unterstützung ausbauen.
- Migrant/-innen in die bildungspolitische Arbeit besser integrieren.
- Städtepartnerschaften mit Städten aus den Ländern des Südens als Weg der Kooperation nutzen.

Die Teilnehmer/-innen des Netzwerktreffens wollten die Kommunen aber - bei allen strukturellen Hürden - nicht aus ihrer Pflicht entlassen und erachten die folgenden Beiträge der Kommunen als wesentlich:

- Es muss mehr hauptamtliche/finanzierte Stellen geben, da sich mit ausschließlich ehrenamtlichem Personal Professionalität nicht dauerhaft gewährleisten lässt. Das Ehrenamt kann nicht alle kommunalen Handlungsfelder abdecken.
- Die Änderung des Kommunalwahlrechtes bietet Migrant/-innen strukturelle Rahmenbedingungen, damit sie selbst mehr Einfluss auf die Kommunalpolitik nehmen können.
- Es kommt auf eine interkulturelle Öffnung aller Institutionen und auf eine Begegnung „auf Augenhöhe“ an. Denn auf die Schaffung von strukturellen Voraussetzungen können die MO nicht warten, „in dieser ganzen Zeit arbeiten wir ja“.

Frau Riester hielt abschließend fest, dass sich dennoch die Situation in den letzten Jahren bereits verbessert hat: *„Es tut sich was!“*

3.2 Bundesweite Umfrage des Fachforums Diaspora, Migration und Entwicklung

Vorstellung der Referentin:

Nadja Losse hat Kulturanthropologie und europäische Ethnologie studiert und arbeitet seit 2010 beim Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen (EPN). Dort koordiniert sie das Fachforum „Diaspora, Migration und Entwicklung“ für die Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl).

Frau Nadja Losse erläuterte in ihrem Vortrag:

- das Fachforum „Diaspora, Migration und Entwicklung“ und
- dessen Umfrage unter Migrant*innenorganisationen im entwicklungspolitischen Bereich.
- Sie berichtete über die Ergebnisse und
- schloss mit Empfehlungen für Kommunen.



Fachforum „Diaspora, Migration und Entwicklung“

Das Fachforum „Diaspora, Migration und Entwicklung“ wird vom Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) gefördert und bildet seit 2009 einen der Arbeitsschwerpunkte der Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl). Sieben Landesnetzwerke haben sich im Fachforum zusammengeschlossen. Es will die interkulturelle Öffnung bzw. den interkulturellen Dialog in der Eine-Welt-Arbeit thematisieren und voranbringen. Darüber hinaus sollen die Arbeit und die Kompetenzen der MO¹ in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden. Das Forum steht den MO beratend zur Verfügung. Mit dem im Februar 2011 neu gegründeten migrantischen Fachkreis „Migration, Entwicklung und Partizipation“ arbeitet das Fachforum zusammen.

Die Umfrage

Das Fachforum „Diaspora, Migration und Entwicklung“ hat 2010 eine erste bundesweite Umfrage unter den entwicklungspolitisch aktiven Migrant*innen- und Diasporaorganisationen durchgeführt. Insgesamt wurden 192 MO aus allen 16 Bundesländern stichprobenartig erfasst.

¹ Frau Losse sprach in ihrem Vortrag von Migrant*innen- und Diasporaorganisationen, abgekürzt MDO. Für eine einheitliche Darstellung verwenden wir in der Dokumentation die Bezeichnung MO, also Migrant*innenorganisationen. Von dem durchaus auch geläufigen, aber längeren Begriff der Migrant*innen Selbstorganisation (MSO) nehmen wir aus sprachlichen Gründen Abstand.

Ziel der Umfrage war es, einen Ein- und Überblick über die Arbeitsfelder, die Organisationsstrukturen und die Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit der MO zu erhalten und ihren Beratungsbedarf kennen zu lernen.

Ergebnisse

- Die Arbeit der MO ist in einem hohen Maß von ehrenamtlichem Engagement geprägt. Dieses gilt es zu fördern und zu stärken.
- Der „eingetragene Verein (e.V.)“ ist die häufigste Organisationsform und zeigt ein hohes Maß an Verbindlichkeit und einen gelingenden Aufbau von Strukturen.
- Kontinuität und Professionalität, vor allem in den Bereichen Projektdurchführung, Finanzen und Öffentlichkeitsarbeit, werden zunehmend von den Fördergebern gefordert. Um dies zu gewährleisten muss es mehr hauptamtliche Stellen geben.
- Es gibt eine große Vielfalt an Aktivitäten, die von Kulturarbeit über Integrations- und Bildungsmaßnahmen, Aktivitäten für das Herkunftsland und vielem mehr reichen.
- „Integration macht entwicklungspolitische Arbeit überhaupt erst möglich.“ Umgekehrt stärkt erfolgreiches entwicklungspolitisches Engagement die Integration in Deutschland.

Empfehlungen für Kommunen

Eine der größten Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung der Umfrage ergab, war die Recherche nach MO. In den Kommunen lagen in der Regel keine Adresslisten vor und Ansprechpartner waren nicht bekannt. Noch gäbe es bei den MO durchaus auch Misstrauen den staatlichen Stellen gegenüber und es sei daher wichtig, dass die Kommunen ein Vertrauensverhältnis zu den MO aufbauten. Frau Losse regte an, in den Kommunen den eigenen Blick für die entwicklungspolitischen MO zu schärfen und zur besseren Orientierung eine Datei mit Adressen anzulegen und zu pflegen.

Eine weitere Möglichkeit zur besseren Zusammenarbeit zwischen kommunalen Akteuren und MO besteht zudem darin, die Verwaltungen zugänglicher zu machen und ihre Personalstruktur für Migrant/-innen zu öffnen. In der Vernetzung der Ressorts Integration und Entwicklungspolitik, wie bspw. in gemeinsamen interkulturellen Workshops, liegt auf kommunaler Ebene noch Potenzial.

Frau Losse erwähnte zum Schluss ihrer Präsentation die MO-Berater/-innen der Eine-Welt-Landesnetzwerke, die einen guten Kontakt zur Zivilgesellschaft pflegen und die für eine Zusammenarbeit gerne zur Verfügung stehen.

4 Förderprogramm des CIM für Migrantenorganisationen

Vorstellung des Referenten:

Jurica Volarević ist in Kroatien geboren, hat Politikwissenschaften in Heidelberg und Berlin studiert und hat sich mit Menschenrechtsthemen befasst. Er arbeitet seit 2009 beim CIM. Seit 2011 ist er Programmkoordinator für das Programm zur Förderung des entwicklungspolitischen Engagements von Migrantenorganisationen.

Herr Volarević gliederte die Vorstellung des Förderprogramms für MO, indem er

- das Förderprogramm in die Aktivitäten des CIM einordnete und die Ziele erläuterte,
- sowie daran anschließend die Anforderungen an eine Förderung,
- die Leistungen des Förderprogramms und
- das Antragsverfahren beschrieb.



Das CIM fördert Migrantenorganisationen

Als Personalvermittler der deutschen EZ kennt das CIM einerseits die fachlichen Anforderungen an das Personal in Entwicklungs- und Schwellenländern, andererseits aber auch die Qualifikationen von Migrant/-innen, die in Deutschland ausgebildet wurden oder beruflich tätig waren. Mit dem Förderprogramm für MO soll nun das ehrenamtliche Engagement von Migrant/-innen aus Deutschland für ihre Herkunftsländer unterstützt werden. Lag der Fokus des CIM bisher auf dem (haupt-)beruflichen Know-How-Transfer, so wird er nun um die Würdigung des ehrenamtlichen Engagements von Migrant/-innen und deren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in ihren Herkunftsländern erweitert.

Ziele des Förderprogramms

Das Diasporaförderprogramm des CIM bildet seit Anfang 2011 das Nachfolgeprogramm des Pilotvorhabens der GIZ und wird vom BMZ gefördert. Mit Hilfe des Programms sollen Projekte in Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern unterstützt werden, die in Kooperation mit deutschen MO durchgeführt werden. Ziele sind:

- die Förderung des zivilgesellschaftlichen und entwicklungsrelevanten Engagements durch Projekte von MO,
- die Qualifizierung von MO und ihren lokalen Partnern zu einer erfolgreichen Durchführung von gemeinnützigen, entwicklungsrelevanten Projekten und
- der Aufbau komplementären Handelns im Zusammenspiel mit anderen entwicklungspolitischen Akteuren.

Anforderungen an eine Förderung

Um am Diasporaförderprogramm teilnehmen zu können, müssen folgende Anforderungen erfüllt sein:

- Die MO müssen gemeinnützig und als Rechtsform in Deutschland eingetragen sein, also zum Beispiel als ein eingetragener Verein (e.V.) oder eine Stiftung.
- Die Organisation wird mehrheitlich von Migrant/-innen geführt (Vorstand und Mitglieder).
- Das vorgeschlagene Projekt muss einen Beitrag zur Erreichung der Millenniumentwicklungsziele (MDGs) im Partnerland leisten.
- Die MO arbeiten eng mit den lokalen Partnern vor Ort zusammen, die mit ihnen gemeinsam das Projekt planen und sich aktiv an der Umsetzung beteiligen.
- Das Projektvolumen sollte sich in einem Rahmen von mindestens 10.000 bis höchstens 40.000 Euro bewegen.
- Die Förderquote beträgt 50% der Projektkosten. Das bedeutet: es muss ein Eigenbetrag von mindestens 50% geleistet werden, der sich zu mindestens 10% aus einem finanziellen Beitrag und zu restlichen maximal 40% aus Arbeits- und Sachleistungen zusammensetzt.

Leistungen des Förderprogramms

Als Gesamtvolumen stehen dem Förderprogramm jährlich ca. eine Million Euro zur Verfügung. Hinzu kommt das Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebot des CIM zu Antragstellung, Projektmanagement, Fundraising, Organisationsentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit. Die Organisation von Dialogkonferenzen und Vernetzungsmaßnahmen gehören ebenso zum Programmangebot wie die Unterstützung durch so genannte Berater vor Ort, die den lokalen Partnern von CIM in 20 Ländern angehören. Diese stellen gleichermaßen für die Projektträger wie für die lokalen Partnerorganisationen „Brückenbauer“ dar und sollen helfen, die Projekte noch besser in den lokalen Strukturen zu verankern. Zudem kann das CIM bei Bedarf qualifiziertes Personal (Rückkehrende Fachkräfte, Praktikanten etc.) vermitteln.

Das Antragsverfahren

Das Antragsverfahren gliedert sich grundsätzlich in zwei Teile. Da die eigene Homepage derzeit noch im Aufbau ist, gilt vorläufig der Weg über den E-Mail-Kontakt: Bei Interesse sollten sich die MO, die ein Projekt in einem Entwicklungs- und Schwellenland durchführen wollen, zunächst über migration@cimonline.de mit dem CIM in Verbindung setzen. Sie erhalten dann ein Formular, auf dem sie auf zwei DIN-A-4-Seiten ihr Vorhaben in einer kurzen Projektskizze erläutern. Nach dem Prüfungsverfahren durch das CIM kann dann ein Antrag gestellt werden, der ebenfalls durch das CIM unterstützend begleitet wird. Nach einem weiteren Überprüfungsschritt durch die „Außenstruktur“ (das sind die Berater vor Ort, die die lokale Partnerorganisation überprüfen), erhält der Antragssteller im positiven Fall die Bewilligung. Folgende Länder bilden den Schwerpunkt (Länder mit Beratern vor Ort sind *kursiv* hervorgehoben): Angola, *Äthiopien*, Benin, *Georgien*, *Ghana*, *Indonesien*, Israel/Palästina, *Kamerun*, Kenia, Kolumbien, Kosovo, *Marokko*, Mosambik, Nigeria, Senegal, Togo. Infrastrukturprojekte zu Bildung, erneuerbaren Energien oder Agrarförderung bilden derzeit den inhaltlichen Schwerpunkt.

Es gibt keine Antragsfristen. Das Förderprogramm befindet sich aktuell mitten in der Projekt- und Antragsberatung, es liegen circa 40 Anfragen von MO vor. Parallel werden die internen Abläufe abgestimmt, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aufgebaut und Kooperationen mit relevanten Akteuren vorbereitet.

Aufgrund der regen Rückfragen aus dem Publikum, die sich auf die Antragsmodalitäten, Förderfähigkeit sowie die Länderschwerpunkte bezogen, lud Herr Volarevic die Teilnehmenden ein, sich im Nachgang zu dem Netzwerktreffen direkt an ihn zu wenden: jurica.volarevic@giz.de

Die Anforderungen und Leistungen des Programms sind auch in dem Flyer "Migranten als Brückenbauer" nachzulesen, der auf der Webseite von CIM (www.cimonline.de) zu finden ist.



5 Ausgestaltung des Bundesweiten Netzwerks Migration und Entwicklung

5.1 Bedarf aus Sicht der Teilnehmenden

Ein bundesweites Netzwerk, auch wenn es von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt mit sehr viel Erfahrung zur Situation in den Kommunen gestaltet wird, lebt nur, wenn es möglichst passgenau auf den Bedarf der Akteure trifft. Die Teilnehmenden wurden daher gebeten, sich in Kleingruppen selbst Gedanken zu machen, was für künftige Netzwerktreffen unter der übergeordneten Leitfrage

„Was bewegt Sie? Was bewegen Sie?“

hilfreich sein würde.



Zwei Fragen wurden vom Plenum bearbeitet. Die Anwesenden teilten sich in Kleingruppen auf, diskutierten und präsentierten anschließend ihre Ergebnisse.

Bestandsaufnahme

Eine Tischgruppe befasste sich mit der Zustandsbeschreibung

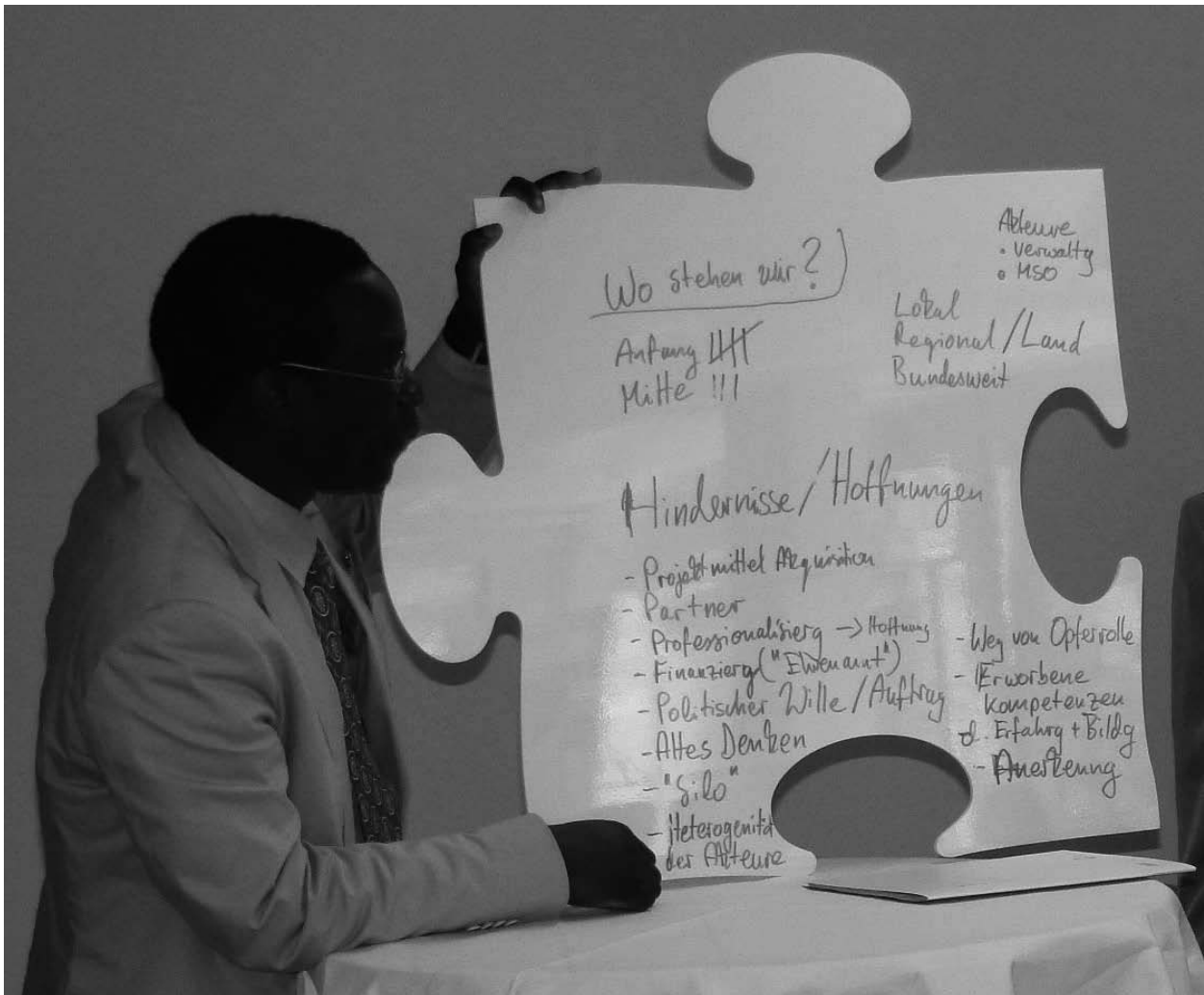
- Wo stehen wir zur Vernetzung von Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene? Am Anfang? In der Mitte?
- Welche Hindernisse und Hoffnungen gibt es?

Die meisten Teilnehmer/-innen sehen den Vernetzungsprozess von Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene eher noch in der Anfangsphase. Dort wünschen sie sich vor allem neue Verknüpfungen bei gemeinsamen Interessen und bei den Projekten eine bessere Ausstattung mit Ressourcen z.B. hauptamtliches Personal. Denn: „Integrationsarbeit ist kein Nebenjob.“

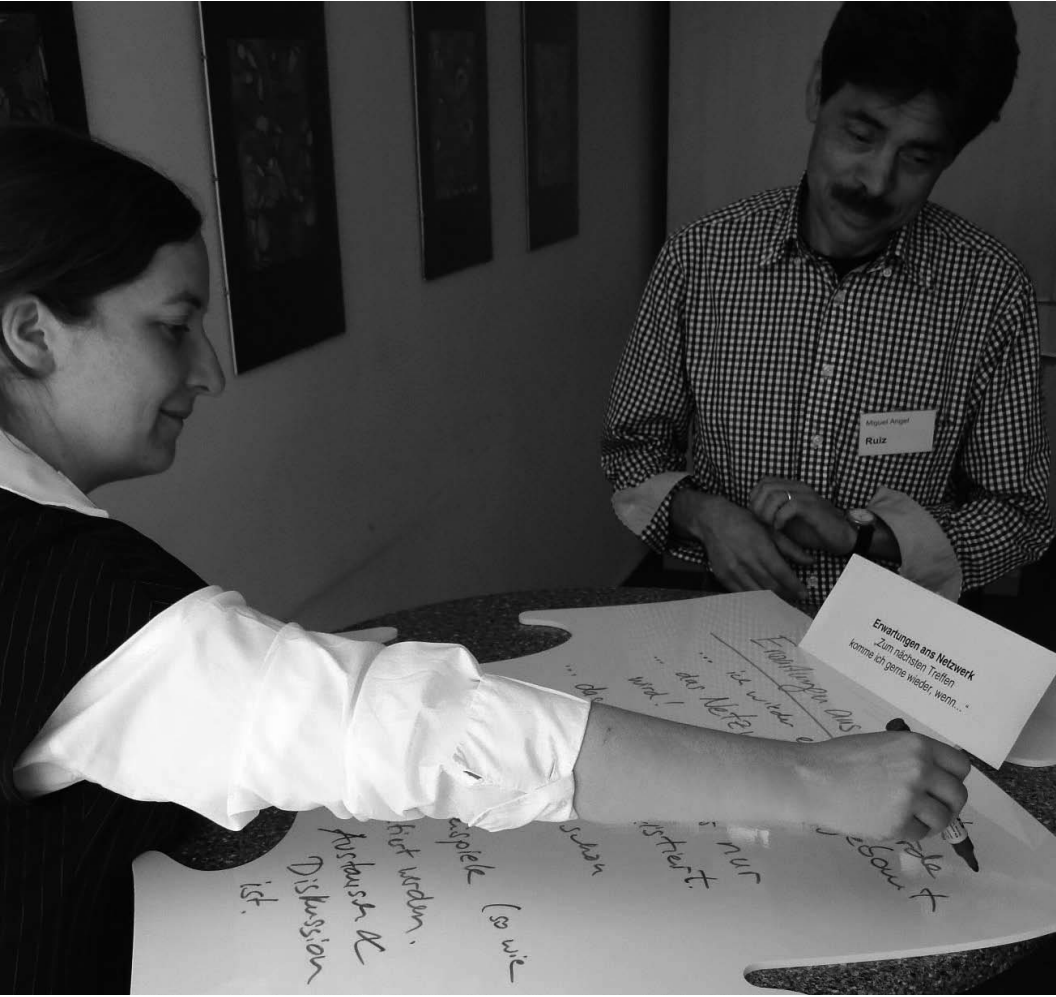
Gleichzeitig konstatieren sie noch das Vorherrschen alter Denkmuster, also ein Verharren in der Defizitperspektive. Sie wollen die „Opferrolle“ aber ablegen und sie wollen Anerkennung für ihre durch Erfahrung und Bildung erworbenen Kompetenzen.

Manche erkennen aber eine fortgeschrittene „mittlere“ Entwicklungsstufe: Es gibt bereits einige „gemischte“ Migrantengruppen und durch eine bessere Verfügbarkeit von Räumen sind mehr Möglichkeiten für Treffen, wie Eltern-Kind-Treff und andere Veranstaltungen, entstanden. Darüber hinaus sehen sie die Integrationskurse durch ihren verpflichtenden Charakter im Integrationsprozess als förderlich an.

Als Hindernisse werden neben dem Verharren in alten Denkmustern der fehlende politische Auftrag und Wille, die große Heterogenität der Akteure und die mangelnden Ressourcen angesehen. Es wird auf das Protokoll des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit verwiesen, das allen Teilnehmenden der Tagung zugänglich gemacht werden sollte, da es für die Arbeit vor Ort eine gute Argumentationsbasis liefert (vgl. Anlage).



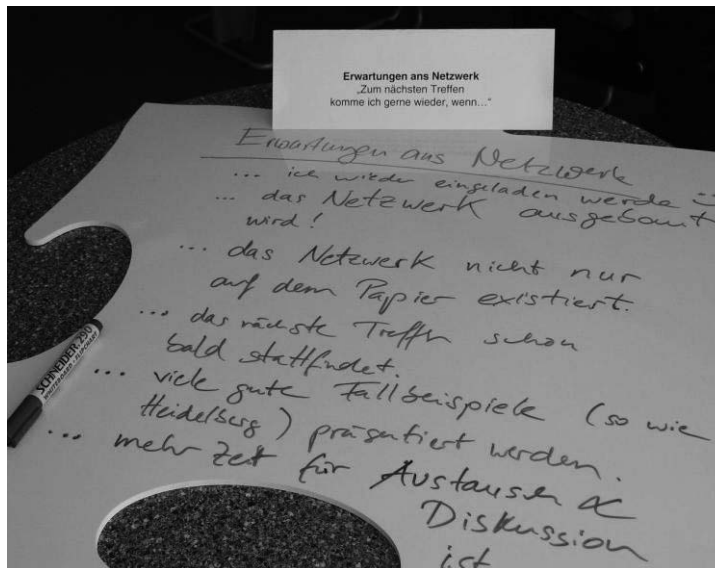
In der Präsentation der Ergebnisse wurde hinterfragt, ob hinsichtlich der Leitfrage „Wo stehen wir zur Vernetzung von Migration und Entwicklung?“ für alle das „Wir“ schon geklärt wäre. Denn der Vernetzungsprozess stünde ja erst am Anfang und damit bilden die an der Mitwirkung interessierten Akteure keine geschlossene oder homogene Gruppe.



Erwartungen ans Netzwerk

Eine weitere Tischgruppe formulierte Erwartungen an das Netzwerk.

Die Leitfrage lautete: „Zum nächsten Treffen komme ich gerne wieder, wenn...“



Entlang einer Stichwortliste lässt sich zusammenfassen: „Ich komme wieder, ...“

- „...wenn das Netzwerk ausgebaut wird“: Es sollen also neue Akteure und Gedanken einbezogen werden, damit sich „nicht nur immer die Gleichen treffen“.
- „...wenn das Netzwerk nicht nur auf dem Papier existiert“: Die Kontaktmöglichkeiten sollen dazu dienen, außerhalb der Treffen Erfahrungen auszutauschen. Deshalb soll es beim nächsten Netzwerktreffen mehr Zeit für Gespräche geben.
- „...wenn das nächste Treffen schon bald stattfindet“: damit der Faden nicht abreißt.
- „...wenn viele gute Fallbeispiele gezeigt werden“: Es wurde mehrfach der Lerneffekt und die Inspiration durch Praxisbeispiele betont. Besonders gelungene Beispiele aus den beiden Bereichen Integration und Entwicklung und insbesondere jene, bei denen der Nutzen aus dieser Verbindung erkennbar wird, wären hilfreich.
- „...wenn mehr Zeit für Austausch und Diskussion ist“: die Teilnehmenden wollen Fortschritte „mitnehmen“ und wünschen sich mehr Raum für kommunale Erfahrungen.
- „...wenn ich wieder eingeladen werde“: dafür sind funktionsfähige Verteilerwege für die Veranstaltungsankündigung notwendig.
- „...wenn Handlungsoptionen für die Kommunen entwickelt oder vorgeschlagen werden“: Was kann ein Netzwerktreffen leisten? Bietet es mehr als Erfahrungsaustausch? Hilfreich wäre zum einen eine Argumentationsstrategie, die den Kommunen den Nutzen einer Verbindung zwischen Integrations- und Entwicklungsarbeit verdeutlicht. Auch eine Abschlusserklärung am Ende jedes Treffens würde die eigene Weiterarbeit erleichtern. Die Vorschläge reichen bis hin zur Entwicklung eines strategischen Vorgehens.
- „wenn nicht nur die Kommunen die Adressaten sind“: Es sind nicht nur die Kommunen, die von den Synergieeffekten, die eine solche Kooperation bereithält, überzeugt werden. Auch MO betrachten Kommunen noch nicht unbedingt als potenzielle Partner für ihre Integrationsarbeit.

5.2 Eindrücke vom Improvisationstheater

Anett Heilforth und Severin Mahnke, Schauspieler des Improvisationstheaters frei.wild aus Berlin, lösten nach der Mittagspause ihr Inkognito auf, unter dem sie schon seit dem Vorabend Teilnehmende des Netzwerktreffens waren. Unter lebhafter Einbeziehung des Publikums brachten sie ihre Eindrücke unterhaltsam, kreativ, spontan und treffend auf den Punkt. Mit weiteren Sequenzen, unter anderem mit der gemeinsamen Mut-Mach-Hymne „Ihr seid Spitze“, beschlossen sie den Tag.



5.3 Zusammenfassung des Netzwerktreffens und Ausblick

Frau Schmettow fasst am Ende des gemeinsamen Tages die Hauptaussagen und Diskussionsstränge zusammen:

Herr Allimadis Bericht über den Weg zum Interkulturellen Zentrum in Heidelberg stellte ein selbstbewusstes und professionelles Beispiel für Aktivitäten von MO auf kommunaler Ebene dar. Deutlich wurde die große Bedeutung des Ausländer- und Migrationsrates und seines Wirkens im politischen Raum und auch die Rückfragen aus dem Publikum zeigten, dass in der politischen Selbstvertretung von Migrant/-innen ein Schlüssel für ihr Engagement auf kommunaler Ebene liegt.

Entwicklungspolitisches Engagement von MO spielte im Heidelberger Beispiel eine untergeordnete Rolle und so wurde dieser Aspekt durch den Beitrag von Andrea Riester eingeführt: Sie berichtete von den Synergieeffekten zwischen entwicklungspolitischen Aktivitäten von MO und der positiven Wirkung auf Integration vor Ort. Sie nahm dabei Bezug auf die Ergebnisse des vom BMZ-finanzierten Pilotförderprogramms zur Zusammenarbeit mit der Diaspora, welches die Bedeutung der kommunalen Ebene für Integration bestätigte. Allerdings verwiesen die Kommunalvertreter/-innen in der Diskussion auf den unzureichenden politischen Auftrag und die mangelnden Ressourcen, um dieses Themenfeld intensiver bearbeiten zu können. Sie wünschen sich griffige Argumentationslinien, damit sie auf der kommunalen Ebene den Mehrwert einer integrierten Betrachtung von Integration und Entwicklung für eine global längst vernetzte Welt auf tun können. Immerhin geht eine bessere Ressourcenausstattung mit einer besseren politischen (Selbst-)Vertretung einher und hier ergänzen sich die Beiträge von Herrn Allimadi und Frau Riester.

Die positiven Wechselwirkungen bestätigte auch die Umfrage des Fachforums Diaspora, Migration und Entwicklung unter entwicklungspolitisch aktiven Migrantenorganisationen, die von Nadja Losse vorgestellt wurde. Integration erleichtert die entwicklungspolitische Arbeit der MO. Frau Losse forderte die Kommunalvertreter/-innen auf, nach dem bisher noch „Nicht-Sichtbaren“ zu suchen und in den Aufbau von gegenseitigem Vertrauen zwischen Kommunalverwaltungen und MO zu investieren. Mit der Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke (agl) und insbesondere den MO-Berater/-innen stehen Partner für Vernetzung und Informationsaustausch zur Verfügung.



Am regen Wunsch, Details zum konkreten Förderangebot des CIM zu erfahren, war das große Interesse an Herrn Volarević' Vortrag ablesbar. Herr Volarević bot an, mit Institutionen zur Verbreitung und Information über das Programm zu kooperieren und lud auch ein, sich mit konkreten Fördervoranfragen direkt an ihn zu wenden.

Direkt im Anschluss nahm Herr Wilhelmy eine kurze Bewertung des Tages vor: Mit einem „Panoptikum“ sollten bei diesem ersten Netzwerktreffen so viele Optionen und Handlungsbeispiele wie möglich zu einer Zusammenarbeit zwischen MO, EZ-Akteuren und Kommunalver-

tretern/-innen sichtbar gemacht werden. Damit war das Programm inhaltlich dicht gefüllt, aber die lebendige Resonanz bestätigte ihn in der Auswahl der Beispiele. Deutlich klangen die Wünsche der Teilnehmenden nach noch mehr Raum für den persönlichen Erfahrungsaustausch und weiterhin nach konkreten Beispielen aus der kommunalen Praxis an, denen man bei den folgenden Netzwerktreffen nachkommen werde.

Die positive Resonanz, die den Tag über zu spüren war, ermutigte ihn, die Netzwerktreffen Migration und Entwicklung rasch fortzusetzen und Herr Wilhelmy stellt das nächste Treffen bereits für Anfang 2012 in Aussicht. Ein möglicher Fokus könnte dann auch auf den Angeboten der neu zu gründenden „Servicegesellschaft für bürgerschaftliches und kommunales Engagement“ (*Arbeitsstiftung*) liegen. Er verweist zudem auf die Unterstützungsangebote der Servicestelle in Form von Informationsmöglichkeiten über die Internetseite, über den Newsletter „Eine-Welt-Nachrichten“ und die Möglichkeit zur Einzelberatung.

Frau Reddy griff in ihrem Schlusswort die zwei treffenden Slogans aus der Abschlusshymne auf, die das Improvisationstheater frei.wild zusammen mit den Teilnehmenden komponiert hatte:

„Ihr seid klasse!“

„Integration ist keine Einbahnstraße!“

Sie bedankte sich herzlich beim Kooperationspartner CIM, bei allen Referent/-innen, bei allen, die im Hintergrund zum Gelingen des Tages beigetragen haben und „last, but not least“ bei allen Teilnehmenden für ihr Kommen und für ihre Diskussionsbeiträge.



Teil II – Beispiele guter Praxis

Aachen – Von der Regionalkonferenz Afrika zum AfrikaForum

Woher stammte der Impuls für die Aktivität?

Wesentliche Impulse für die Realisierung einer Regionalkonferenz Afrika waren im Jahr 2005 zwei Programme des Landes Nordrhein-Westfalen. Im Rahmen des Koordinatorenprogramms für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit wurden zwölf Regionalkoordinatoren und zehn Fachstellen eingerichtet, die dazu dienen sollten, die Aktivitäten der Eine-Welt-Initiativen zu stärken. Darüber hinaus unterstützte das Förderkonzept KOMM-IN NRW – Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit die Kommunen im Handlungsfeld Integration. Beide Ansätze entwickelten einen Signalcharakter für die Kooperation der Bereiche Entwicklungspolitik und Integration. Infolgedessen wurde die Fachstelle Migration und Entwicklung von der Landesregierung NRW beauftragt, afrikanische Vereine und Eine-Welt-Initiativen durch Regionalkonferenzen miteinander zu vernetzen. Da Menschen aus Afrika in Aachen die zweitgrößte Migrantengruppe darstellen, lag es nahe, diesen Impuls aufzugreifen und im Sommer 2006 bildete sich ein Initiativkreis aus Vertreter/-innen des Eine Welt Forums Aachen e.V., der Fachstelle Migration und Entwicklung, afrikanischer Vereine sowie weiterer Partner.

Wie lautete das Ziel?

Der Aufbau regionaler Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen von afrikanischen Diasporagemeinden, Eine-Welt-Initiativen und lokalen Wirtschaftsakteuren stand von vornherein im Mittelpunkt des Interesses in Aachen, konkret ging es um die Förderung des gegenseitigen Kennenlernens und Verstehens. Als Resultate sollten eine verbesserte Koordination gemeinsamer Aufgaben und integrationspolitischer Maßnahmen entstehen. Die Bewusstseinsbildung und Motivierung lokaler Akteure war eine weitere Zielsetzung; Mitglieder afrikanischer Diasporagemeinden sollten stärker aktiviert werden. Regionale Aktivitäten der Diasporagemeinden und Eine-Welt-Initiativen sollten unter Einbeziehung neuer Bündnispartner initiiert werden und in den Prozess der Kooperation sollte eine möglichst große Vielfalt an Ideen, Ressourcen und Milieus einfließen.

Was wurde getan?

Die Regionalkonferenz fand am 18. November 2006 mit ca. 40 Teilnehmenden statt. Im Anschluss wurden afrikanische Selbstorganisationen gezielt in die Aktivitäten der Integrationsbeauftragten eingebunden, beispielsweise durch eine Informationsveranstaltung für MO. Darüber hinaus wurden spezifische Veranstaltungen zu Themen wie Projektförderung und Mittelbeschaffung durchgeführt und Expertengespräche angeboten. Im 6-Wochen-Rhythmus fanden Nachtreffen von Akteuren der Regionalkonferenz statt. Im November 2007 gründete sich ein Organisationsteam für das 1. AfrikaForum, das am 30. August 2008 stattfand. In seinem Rahmen wurde eine Charta für afrikanische Vereine in der Region Aachen verabschiedet. Ende 2008 wurden dann in der konstituierenden Sitzung des AfrikaForums ein Sprecherkomitee und ein Beirat gebildet. Im Jahr 2011 wurden schließlich drei Vertreter/-innen aus dem AfrikaForum in den Integrationsrat der Stadt Aachen gewählt. Das AfrikaForum ist bereits Mitglied im Netzwerk Integration in Aachen und zwei Mitglieder sind im Arbeitskreis der kommunalen Migrantenvvertretung in der StädteRegion vertreten. Aktuell wird die Satzung zur Vereinsgründung des AfrikaForum e.V. vorbereitet.

Wer hatte die Initiative und wer war beteiligt?

Der Förderimpuls der Landesregierung NRW wurde von der Fachstelle Migration und Entwicklung aufgegriffen. Das Eine Welt Forum Aachen e.V. bietet bis heute Einzelberatung für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit/Entwicklungspolitik an und war an der Organisation und der Durchführung der verschiedenen Veranstaltungen beteiligt. Ebenso involviert war die Stabstelle Integration der Stadt Aachen.

Welche Ressourcen kamen oder kommen zum Einsatz?

Die erste Regionalkonferenz wurde von InWEnt (jetzt GIZ) gefördert, der Afrikatag wurde von der Stabstelle Integration bezuschusst. Weitere Vernetzungstreffen und Aktivitäten werden von den jeweiligen Veranstaltern getragen.

Welche Faktoren führten und führen zum Erfolg und wie lautet der Ausblick in die Zukunft?

Die Regionalkonferenz in Aachen hatte zukunftsweisenden Charakter, da in ihrer Folge aktive Arbeitsgruppen gegründet werden konnten, welche das Ziel einer stärkeren Vernetzung und Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure vorantreiben. Das AfrikaForum als Dach für engagierte Menschen und Projekte in Aachen zeugt vom großen Erfolg der bisherigen Anstrengungen. Die in ihm versammelten Akteure können so mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten und in einem zukünftigen Schritt eine Brücke zu ihren Heimatländern schlagen. Neben Kontakten zur Kommune garantiert das kontinuierliche Engagement von Einzelpersonen eine gewisse Dauerhaftigkeit und eine gute Basis für künftige Projekte.

Wo kann man sich weiter informieren?

Eine Welt Forum e.V.
An der Schanz 1, 52064 Aachen
Ansprechpartnerin: Mona Pursey
Tel. 0241 / 89449562
E-Mail: mp@1wf.de

Institut für soziale Innovation
Opferfelder Str. 22, 42719 Solingen
Ansprechpartner: Hans Wiertert-Wehkamp
Tel. 0212 / 2307839
E-Mail: h.wiertert-wehkamp@institut-fuer-soziale-innovation.de

Internet-Plattform: www.afrika-nrw.net

Bremen – "Afrika ist auch in Bremen"

Woher stammte der Impuls für die Aktivität?

Einen der Ausgangspunkte des Projektes „Afrika ist auch in Bremen“ bildete das anlässlich der WM in Südafrika durchgeführte SKEW-Projekt, die WM mit Street Soccer Turnieren in deutschen Städten zu begleiten. Ein weiterer Ausgangspunkt war das gemeinsam mit der Hochschule 2008 initiierte Vorhaben "Bremen Open City", mit dem Weltoffenheit und Vielfalt als Standortvorteile Bremens in den Fokus rückten. Beide Vorhaben zusammenbringend wurde 2010 ein Street Soccer Turnier in der Bremer Innenstadt veranstaltet, bei dem vor allem über die afrikanische Diaspora in Bremen informiert und diese sichtbar gemacht wurde. Wichtiger Bestandteil des Turniers war das frühzeitige Einbinden der Diaspora in die Organisation und Ausgestaltung des Events.

Wie lautete das Ziel?

Oberziel des Projektes ist die Sichtbarmachung der afrikanischen Diaspora und ihrer Potenziale für Bremen sowie für die Herkunftsländer. Des Weiteren soll ein Beitrag zur Vernetzung geleistet werden, es sollen Informationen für alle Seiten zugänglich gemacht und neue Projekte zwischen der Diaspora und der Mehrheitsgesellschaft angestoßen werden. Durch den Eventcharakter wird eine größere Beteiligung von bisher schwer erreichbaren Zielgruppen angestrebt. Für Menschen, die wenig Interesse an langwierigen und rein diskussionsorientierten Vorhaben haben, gibt es Raum für Engagement und es soll eine emotionale Bindung an das Thema "Afrika ist auch in Bremen" und an die weitere gemeinsame Arbeit möglich werden.

Was wurde getan?

Im Jahr 2010 wurde ein Street Soccer Turnier auf dem Bremer Marktplatz organisiert. Ungefähr 20 NRO der Mehrheitsgesellschaft und 20 Vereine und Kleinunternehmer der afrikanischen Diaspora stellten sich und ihre Arbeit bzw. ihre Produkte an Informationsständen vor. Ein Bühnenprogramm sowie ein Kinderprogramm wurden angeboten. Vier Unternehmensmannschaften traten gegen vier Mannschaften der Diaspora an. Das Finale wurde zwischen der Polizei und den Bewohnern eines Asylbewerberheimes ausgetragen, die den Mannschaftsnamen "Mandela" gewählt hatten. Das Team Mandela belegte den ersten Platz. Mit der Aktion konnten ca. 5.000 Menschen erreicht werden. Im Anschluss an den Event kam aus der Diaspora der Wunsch, weiter zu arbeiten. Es fanden seit Herbst 2010 regelmäßige Treffen statt, zu denen nur Mitglieder der Diaspora eingeladen waren, um eine gemeinsame Basis für die weitere Arbeit zu finden und die Gruppe zu stärken. Es wurde beschlossen, im Herbst 2011 eine Messe zu organisieren. In einer Reihe von Workshops wurde die Arbeitsgruppe zu Projektmanagement, Pressearbeit und Sponsoring geschult. Es folgen noch Workshops zur Gestaltung eines Messestandes sowie zur Darstellung von Projekten und zur Suche nach Finanzierung. Zunehmend findet eine Vernetzung mit weiteren Akteuren aus der Mehrheitsgesellschaft statt. Zu der Messe haben sich bereits über 60 Gruppen, Vereine und Firmen, nicht nur aus dem norddeutschen Raum, angemeldet. Geplant sind eine Podiumsdiskussion zum Thema Integration sowie eine weitere zum Thema Diaspora und Entwicklungszusammenarbeit. Es wird Vorträge geben zu Themen wie Erneuerbare Energien in Afrika, Landraub oder HIV; Filme, eine Modenschau, Kochshow sowie ein Kinder- und Schulprogramm sind geplant. Afrikanische Studierende und Unternehmen sollen für Gespräche zusammengebracht werden.

Wer hatte die Initiative und wer war beteiligt?

Die Initiative lag im Rahmen des vom BMZ finanzierten Programms Entwicklungsbezogene Bildung Deutschland (EBD) bei dem Regionalen Zentrum der Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt) gGmbH (seit Januar 2011: GIZ). Das Projekt wird in Kooperation mit einer Arbeitsgruppe der afrikanischen Diaspora in Bremen durchgeführt. Es sind ungefähr 25 Personen daran beteiligt, die sich zu mehr als der Hälfte aus Menschen aus der Diaspora zusammensetzt.

Welche Ressourcen kamen oder kommen zum Einsatz?

Zum einen kommen Mittel aus dem Programm Entwicklungsbezogene Bildung Deutschland (EBD – ab 2012 Teil der neuen Servicestelle bürgerschaftliches und kommunales Engagement) zum Einsatz, zum anderen werden aktiv Sponsoren gesucht und so kann das Projekt zu ca. 30% aus Mitteln anderer öffentlicher und vor allem privater Geber finanziert werden.

Welche Faktoren führten und führen zum Erfolg und wie lautet der Ausblick in die Zukunft?

Das Thema Migration und Entwicklung kann nicht ohne Integration gedacht werden. Nur wenn es gelingt, die Diaspora als Entwicklungsakteur anzuerkennen und sie zu befähigen, selbst Prozesse der Entwicklung in ihren Herkunftsländern, aber auch in ihren Communities im Aufnahme-land zu gestalten, können wirklich nachhaltige Prozesse in Gang gesetzt werden. Das Projekt ist insofern erfolgreich, als die Diaspora in die Lage versetzt wird, die Organisation und Durchführung von Projekten selbst zu gestalten und zu steuern, ihre eigenen Ideen und Ziele einzubringen, über ethnische Grenzen hinweg zusammen zu arbeiten, ein transparentes und partizipatives Projektmanagement anzuwenden und innerhalb bürokratischer Strukturen in Deutschland zu agieren. Darüber hinaus wird der Erfolg dadurch ermöglicht, weil ein schwieriges Thema mit Freude und Spaß im Umgang miteinander und mit der Organisation eines einmaligen großen Happenings mit vielen unterschiedlichen Akteuren verbunden wird. Unter Einsatz unterschiedlicher Medien und Vernetzungsstrukturen gibt es den Freiraum, sich auch nur kurzzeitig zu engagieren.

In den zwei letzten Jahren wurde somit eine Arbeitsgrundlage geschaffen, auf der weiterhin verschiedenste konkrete Projekte zum Themenbereich Migration, Integration und Entwicklung umgesetzt werden können.

Wo kann man sich weiter informieren?

Regionales Zentrum Bremen
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Bürgermeister-Smidt-Str. 82
28195 Bremen
Ansprechpartnerin: Frau Katrin Gerhard
Tel: 0421 / 16297-99
E-Mail: katrin.gerhard@giz.de

Düren – Eine - Welt - Initiativen und Migrantenorganisationen im Dialog – gemeinsam für eine bessere Welt

Woher stammte der Impuls für die Aktivität?

Das Institut für soziale Innovation hatte schon mehrere Projekte in Kooperation mit der Migrationsbeauftragten des Kreises Düren, Sybille Haußmann, durchgeführt und über das Interesse verschiedener Vereine und Organisationen an Vernetzung berichtet. Nachdem auch von Migrantenorganisationen (MO) mehrfach die Nachfrage an Frau Haußmann herangetragen wurde, ob eine Verbindung der Bereiche Integration und Entwicklungszusammenarbeit nicht möglich wäre, kam es schließlich zu einer Beteiligung an dem Modellprojekt „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

Wie lautete das Ziel?

Ziel des vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderten Modellprojektes war es, engagierte Einzelpersonen und Gruppen, die Entwicklungsprojekte in südlichen Ländern unterstützen, mit Menschen und Vereinen in Kontakt zu bringen, die aus diesen Ländern kommen und im Kreis Düren leben. Möglichkeiten zur Vernetzung sollen geschaffen werden, so dass auch kleine MO von etablierten Vereinen Unterstützung erhalten können und anders herum Gruppen aus der entwicklungspolitischen Arbeit Kontakte zu Menschen aus Ländern des Südens nutzen können. Darüber hinaus sollte mehr Transparenz darüber erreicht werden, was die Organisation und Programme der einzelnen Vereine, MO und Eine-Welt-Initiativen in Düren betrifft.

Was wurde getan?

Vom 13. November 2008 bis zum 11. Dezember 2009 fanden drei Koordinierungstreffen und zwei Workshops statt. Beim ersten Treffen zeigte sich bereits, dass die Eine-Welt-Szene in Düren kaum vernetzt ist und dass eine Anlaufstelle fehlt, die Zugang zu den einzelnen Gruppierungen hat. Nach dem gegenseitigen Kennenlernen und dem Vorstellen einzelner EZ-Projekte fand am 3. Februar 2009 ein weiteres Vorbereitungstreffen statt, das dazu diente eine große gemeinsame Veranstaltung am 25. April 2009 zu organisieren. Unter dem Titel „Eine-Welt-Initiativen und Migrantenorganisationen im Dialog – gemeinsam für eine bessere Welt“ fand daraufhin in Düren ein Treffen statt. Die Zusammenkunft brachte Akteure aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Integrationsförderung in Düren miteinander in Kontakt. Der Austausch schuf Möglichkeiten zur Vernetzung, zur Präsentation ausgewählter Projekte und zu Diskussionsgruppen. Als Ergebnis des Treffens wurde das Einrichten eines E-Mail-Verteilers beschlossen, ebenso wie das Erstellen und Veröffentlichen einer Adressliste von Migrantenorganisationen- und Eine-Welt-Initiativen für die Schaffung von Synergien. Die Arbeit der beiden Gruppierungen sollte geöffnet werden und eine mögliche Kooperation des Irakischen Vereins mit dem örtlichen Krankenhaus wurde angedacht. Am 1. Dezember 2009 fand schließlich ein weiterer Workshop statt, in dessen Fokus die Stärkung der Selbstorganisationen, sowie Ansätze zur Optimierung der Vereinsarbeit und die Förderung entwicklungspolitischer Bildung standen.

Wer hatte die Initiative und wer war beteiligt?

Die Kommune Düren war am Modellprojekt der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt beteiligt und wurde im Rahmen des Projektes vom Institut für soziale Innovation unterstützt. Beteiligt war zudem die Integrationsagentur der evangelischen Kirche zu Düren, die Kontakte zu den MO vermittelt hat.

Welche Ressourcen kamen oder kommen zum Einsatz?

Für die Workshops und Netzwerktreffen hat der Kreis Düren personelle und finanzielle Ressourcen bereitgestellt, ebenso wie Räume und Sachmittel. Die Servicestelle hat zusätzlich zum Modellvorhaben Referenten gestellt.

Welche Faktoren führten und führen zum Erfolg und wie lautet der Ausblick in die Zukunft?

Als positives Ergebnis aus dem bisherigen Prozess hat sich die hohe Beteiligung erwiesen, die auf gute Impulse und Informationen über die jeweiligen Akteure und ihre Arbeit zurückzuführen ist. Die unterschiedlichen Inputs auf dem Netzwerktreffen am 25. April 2009 haben die Teilnehmenden begeistert und erste Vernetzungen haben sich in der Folge ergeben.

Allerdings hat sich als problematisch gezeigt, dass die MO strukturell (noch) nicht in der Lage sind, den initiierten Prozess fortzuführen, da es an Know-How und Manpower mangelt. Zudem fehlt die dauerhafte Koordination und personelle Verantwortung für den Bereich Entwicklung auf Kreisebene.

Im Kreis Düren wurde die Erfahrung gemacht, dass Projekte dort angesiedelt werden sollten, wo es bereits eine stark aufgestellte Entwicklungszusammenarbeit mit entsprechenden personellen Ressourcen vor Ort gibt. Erst dann ist eine interkulturelle Öffnung möglich. Denn die Zusammenführung der einzelnen Bereiche und thematischen Schwerpunkte ist langwierig und komplex und kann in einer kurzen Projektphase allein nicht nachhaltig initiiert werden. Die Bedeutung gemeinsamer Schnittmengen ist zentral, denn die MO unterstützen meist ihre Herkunftsländer und -regionen, während Eine-Welt-Initiativen nicht zwingend persönliche Beziehungen zu den Ländern ihrer Projekte pflegen. Die Herkunftsländer der MO sind zudem häufig nicht im Fokus der Eine-Welt-Gruppen. Das dünne Beziehungsgeflecht untereinander und die Vereinzelung im Bereich der Eine-Welt-Szene erschweren darüber hinaus eine kontinuierliche Zusammenarbeit.

Eine verbindliche Form der Zusammenarbeit kann daher realistischerweise erst am Ende eines langen Prozesses des Kennenlernens, Austauschens und Reflektierens stehen.

Wo kann man sich weiter informieren?

Kreis Düren, Bismarckstr. 16, 52351 Düren

Ansprechpartnerin: Sybille Haußmann

Tel: 02421 / 22-1433

E-Mail: s.hausmann@kreis-dueren.de

Heidelberg – Gründung eines Interkulturellen Zentrums

Woher stammte der Impuls für die Aktivität?

Bereits seit 20 Jahren fordert der Ausländerrat/Migrationsrat (AMR) in Heidelberg ein Interkulturelles Zentrum. Im Jahr 2007 griff er, unterstützt von einer neuen Orientierung in Richtung Migration und Interkulturalität im Stadtentwicklungsplan, das Thema erneut auf: „So wird die nahe Zukunft in Heidelberg stärker als anderswo von Fragen der Integration von Migrant/-innen sowie einer forcierten Familienpolitik bestimmt sein“ (Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2015 – Leitbilder und Ziele, 2007, S. 35). Auch im kommunalen Integrationsplan der Stadt aus dem Jahr 2010 wird die Realisierung eines Interkulturellen Zentrums als Ziel erwähnt. Zudem ist kommunale Entwicklungspolitik in Heidelberg unter dem Dach der Lokalen Agenda 21 verankert. Im Rahmen der Erstellung des Kommunalen Integrationsplanes wurde zwischen dem Ausländerrat/Migrationsrat und der Stadt vereinbart, eine Konzeptstudie für die Realisierung eines Interkulturellen Zentrums erstellen zu lassen.

Wie lautete das Ziel?

Die Zielsetzung der Studie war nicht nur die Auswertung der Erfahrungen anderer Interkultureller Zentren in Deutschland, sondern auch die Erhebung des Raumbedarfs der Migrantenorganisationen (MO) und die Prüfung möglicher Lokalitäten in Heidelberg. Darüber hinaus wurden die Ideen, Bedürfnisse und Vorstellungen des Ausländerrats/Migrationsrats und der zentralen Akteure in Bezug auf die konkrete Umsetzung des Interkulturellen Zentrums erhoben.

Was wurde getan?

Im Rahmen der Konzeptstudie der Stadt Heidelberg wurden 58 MO in Heidelberg befragt. 84 Prozent der Befragten formulierten einen Bedarf an Räumlichkeiten. Darüber hinaus wurden acht interkulturelle Zentren im deutschsprachigen Raum kontaktiert und ihre unterschiedlichen inhaltlichen und formalen Ansätze hinsichtlich Leistungsangebot, Trägerschaft, Struktur und Finanzierung ausgewertet. Die Erarbeitung und Diskussion von konkreten Realisierungsvarianten räumlicher und finanzieller Art ist ein zentraler Teil der Studie. Von einer Komplett-Realisierung über die Anmietung oder den Kauf einer kleinen Immobilie als Zwischenlösung bis hin zu einer Nutzbarmachung bereits vorhandener Räumlichkeiten wurde vieles durchdacht, wobei die Zwischenlösung, welche die Miete eines größeren Objekts beinhaltet (als „Variante 2b“ bezeichnet), präferiert wurde. Diese Variante kann mit einem überschaubaren Finanzbedarf kurzfristig umgesetzt werden. Das mittelfristige Ziel ist der Bau oder Kauf einer Immobilie, die den Bedarf an Räumlichkeiten vollständig abdeckt.

Weil viele MO in Heidelberg im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit aktiv sind, können die beiden Bereiche Migration und Entwicklung besser verknüpft werden. Das Interkulturelle Zentrum kann zu einem Kristallisationspunkt interkultureller Arbeit in Heidelberg werden und das Engagement der verschiedenen Akteure sichtbar machen. Eine gute Mischung aus Angeboten in den Bereichen Kultur, Soziales, Eine Welt und Bildung soll dem Zentrum zu einem attraktiven Profil verhelfen. Der kulturelle Bereich, der in Heidelberg besonders ausgeprägt ist, soll weiter unterstützt und für alle Bürger der Stadt geöffnet werden. Im Vordergrund steht der Anspruch, eine Vernetzung verschiedener Angebote vorzunehmen und die interkulturelle Arbeit der Stadt zu stärken.

Im Januar 2011 hat sich der Ausländerrat/Migrationsrat auf die „Variante 2b“ - in einer Kombination mit Beratung für MO und einem Informationsportal - festgelegt und dem Gemeinderat empfohlen. Der Gemeinderat hat am 10. Februar 2011 die Finanzierung dieser Variante für zwei Jahre beschlossen.

Wer hatte die Initiative und wer war beteiligt?

Das Eine-Welt-Zentrum Heidelberg e.V. wurde von der Stadt Heidelberg beauftragt, eine Konzeptstudie für ein Interkulturelles Zentrum in Heidelberg zu erstellen. In der konkreten Realisierungsphase arbeitet die Stadtverwaltung eng mit dem Ausländerrat/Migrationsrat und den Verbänden zusammen. Der AMR hatte im Dezember 2009 einen Workshop und eine öffentliche Veranstaltung zu dem Thema organisiert. Die Ideen und Vorschläge der Migranten und ihrer Organisationen, die an dem Workshop teilgenommen hatten, sind in den weiteren Planungsprozess eingeflossen. Darüber hinaus hat der AMR alle politischen Fraktionen besucht und um Unterstützung geworben.

Welche Ressourcen kamen oder kommen zum Einsatz?

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) hat bei der Erstellung des Kommunalen Integrationsplanes beraten. Die SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH war mit einer Milieu-Studie zu Migrant/-innen beauftragt und hat die Heidelberger Integrationsprojekte vertiefend analysiert. Das Eine-Welt-Zentrum Heidelberg hat die Konzeptstudie durchgeführt. Alle Beratungen und Gutachten machten zusammen eine Auftragsumme von knapp 135.000 Euro aus. Der Ausländerrat/Migrationsrat initiiert das Interkulturelle Zentrum in enger Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und dem gemeinderätlichen Ausschuss für Integration und Chancengleichheit. Die Stadt fördert das Vorhaben mit 100.000 Euro für die Haushaltsperiode 2011/2012.

Welche Faktoren führten und führen zum Erfolg und wie lautet der Ausblick in die Zukunft?

Gründe für den Erfolg sind erstens die systematisch aufgebaute und überzeugende Konzeptstudie, deren Qualität auf den guten Kontakten des Eine-Welt-Zentrums zur MO-Szene beruht und zweitens die Tatsache, dass der Ausländerrat/Migrationsrat über viele Jahre hinweg intensive Überzeugungsarbeit geleistet hat. Des Weiteren ist das Lernen aus dem Erfolg und den Aktivitäten anderer Zentren ein gewinnbringender Faktor aber auch die Entwicklung des spezifischen Bezugs zur besonderen Situation in Heidelberg. Für die Zukunft muss zunächst die Frage der Trägerschaft des Interkulturellen Zentrums gelöst und eine Durchführungsorganisation gefunden werden. Eine langfristige Finanzierung mit kommunaler Förderung wird anvisiert.

Wo kann man sich weiter informieren?

Dezernat Integration, Chancengleichheit und Bürgerdienste der Stadt Heidelberg
Ansprechpartner: Bürgermeister Wolfgang Erichson
Tel. 06221 / 5820600
E-Mail: dezernat4@heidelberg.de

Zur Studie:
Eine-Welt-Zentrum Heidelberg e.V.
Ansprechpartner: Manfred Helfert
Tel. 06221 / 9789-29
E-Mail: info@eine-welt-zentrum.de

Zur Realisierung des Zentrums:
Ausländerrat / Migrationsrat
Ansprechpartner: Michael Mwa Allimadi
Tel. 0177 / 5506635
E-Mail: Allimadi@gmx.de

Kiel global - Vernetzung von MO, Schulpartnerschaften und Eine-Welt-Gruppen

Woher stammte der Impuls für die Aktivität?

Ausschlaggebend für die Verknüpfung der Bereiche Migration und Entwicklung in der Landeshauptstadt Schleswig-Holsteins war die Regionalkonferenz in Kiel im August 2007 mit dem Titel „Diaspora - Potenziale von Migrantinnen und Migranten in deutschen Kommunen für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer nutzen“. Im Februar 2008 wurde die Initiative vom Forum für Migrantinnen und Migranten in Kiel aufgegriffen. Infolgedessen wurde ein interfraktioneller Beschluss gefasst, am Modellprojekt der SKEW „Interkulturelle Kompetenzbildung in deutschen Kommunen - Zusammenarbeit mit Diasporen“ teilzunehmen.

Wie lautete das Ziel?

Das Projekt hatte zum Ziel, die Zusammenarbeit zwischen entwicklungspolitisch aktiven Menschen mit Migrationshintergrund (sowie deren Organisationen und der Verwaltung im Integrationsbereich) und Akteuren der kommunalen Eine-Welt-Arbeit (Verwaltungen, Nichtregierungsorganisationen, weitere lokale Institutionen und Akteure) zu initiieren bzw. zu intensivieren. Durch diese intensive Zusammenarbeit und Vernetzung kann die entwicklungspolitische Arbeit auf kommunaler Ebene um authentische Länder- und Kulturkenntnisse bereichert, Nord-Süd-Partnerschaften belebt und die Potenziale der lokalen Diaspora für die Verbesserung ihrer Entwicklungszusammenarbeit erschlossen werden. Auch kleine Gruppen und Einzelinitiativen sollten in diesen Prozess integriert werden. Um die Nachhaltigkeit der Arbeit zu sichern, sollten dauerhafte Unterstützungsstrukturen aufgebaut werden, das Thema in der Politik feste Verankerung finden und die Sensibilisierung der Bevölkerung verstärkt werden.

Was wurde getan?

Vom 24. Februar bis zum 1. Dezember 2009 fanden insgesamt vier Workshops statt. Der erste Entscheider-Workshop diente dem gegenseitigen Kennenlernen und dem Eruiere der spezifischen Stärken in Kiel. Zwei umfassendere Workshops widmeten sich den Themen Schulen und Partnerschaften, Gewinnung von weiteren Akteuren, Projektmanagement, Intensivierung der Kontakte zu Migrant/-innen, sowie der Bestandsaufnahme zu bisherigen Aktivitäten in Vereinen und Gruppierungen. Im abschließenden Auswertungsworkshop wurden weitere Handlungsschritte beschlossen und der künftige Weg aufgezeigt. In den vier Workshops konnten Kontakte intensiviert und Brücken geschlagen werden.

Um eine bessere Kooperation und Vernetzung zwischen den Akteuren zu ermöglichen, wurde in Kiel erstmalig eine Erhebung zur lokalen Akteurslandschaft in diesem Bereich durchgeführt. Diese mündete in der Veröffentlichung der Broschüre „Kiel global“, die in Form einer Übersicht über die bestehenden Vereine, Gruppen und Schulpartnerschaften Einblicke in die kommunale Entwicklungszusammenarbeit erlaubt. Darüber hinaus ist der Arbeitskreis Kiel global entstanden.

Wer hatte die Initiative und wer war beteiligt?

Die Federführung lag beim Amt für Familie und Soziales im Referat für Migration, vertreten von Birgit Lawrenz und ihrer Mitarbeiterin Petra Iwahn. Das Projekt wurde in enger Abstimmung mit dem BEI (Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.), sowie in Kooperation mit dem Forum für Migrantinnen und Migranten der Landeshauptstadt Kiel, repräsentiert von Özlem Ünsal, durchgeführt.

Welche Ressourcen kamen oder kommen zum Einsatz?

Das Modellprojekt wurde von ehemals InWEnt, inzwischen GIZ gefördert und begleitet.

Welche Faktoren führten und führen zum Erfolg und wie lautet der Ausblick in die Zukunft?

Der Kieler Ratsbeschluss diente als Grundlage der Einbindung von Verantwortlichen aus der Verwaltung in den Prozess der Vernetzung. So konnten die Themenbereiche Integration, entwicklungspolitische Bildung und Entwicklungszusammenarbeit von Anfang an auf eine stabile Basis gestellt und auf verschiedenen Wegen behandelt werden.

Die für die Zukunft richtungsweisenden Schritte lauten:

- Entwicklung von konzeptionellen Grundlagen und Handlungsstrategien, um politische Legitimation zu erlangen
- Sicherstellung des nachhaltigen Beziehungsaufbaus und der Partizipation
- Strukturelle und personelle Verankerung des Handlungsansatzes innerhalb der Verwaltung (Aufgabenbeschreibung, Handlungskonzept, Kommunikationsstruktur)
- Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit werden von kompetenten Migrantinnen und Migranten getragen und mit gestaltet

Wo kann man sich weiter informieren?

Forum für Migrantinnen und Migranten
der Landeshauptstadt Kiel
Stephan-Heinzel-Str. 2
24116 Kiel
Ansprechpartnerin: Frau Özlem Ünsal
Tel: 0431 / 77570-57
E-Mail: ozlem.unsal@awo-kiel.de

Amt für Familie und Soziales
Referat für Migration
Stephan-Heinzel-Str. 2
24116 Kiel
Ansprechpartnerin: Frau Birgit Lawrenz
Tel: 0431 / 9012430
E-Mail: birgit.lawrenz@lhstadt.kiel.de

Leipzig – Interkulturelle Kompetenzbildung und Empowerment für Leipziger und sächsische Migrantenorganisationen, interkulturelle und entwicklungspolitische Vereine

Woher stammte der Impuls für die Aktivität?

Die Stadt Leipzig nahm im Jahr 2009 am Modellprojekt „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt teil. Eine Erkenntnis dieses Prozesses war zum einen, wie wichtig Qualifizierung und Beratung von Migrantenorganisationen im Hinblick auf den Zugang zu Fördermitteln, die Organisation der Vereinsarbeit, Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit, den Aufbau von Netzwerken und Kooperationsstrukturen u.ä. ist, um sie in ihren eigenen Aktivitäten zu stärken (Empowerment). Zum anderen wurde deutlich, dass viele entwicklungspolitisch aktive Migrantenorganisationen Bildungs- und Informationsarbeit zu ihren Herkunftsländern durchführen, dass sie aber weder von Eine-Welt-Aktiven als Akteure des Globalen Lernens wahrgenommen werden, noch sich selbst so verstehen. Das bedeutet auch, dass der pädagogische Ansatz des Globalen Lernens Migrantenorganisationen nicht erreicht, obwohl er durchaus als ungenutztes Potenzial für interkulturelles Lernen und Integration nutzbar gemacht werden könnte.

Wie lauteten die Ziele?

- Unterstützung, Begleitung und Qualifizierung von Migranten und Migrant/-innen und ihren Organisationen sowie der interkulturellen Vereine und Initiativen,
- Stärkung der entwicklungspolitischen Orientierung der Tätigkeiten in der Kulturarbeit der Vereine und der Solidaritätsgruppen in Kirchengemeinden,
- Sensibilisierung von Akteuren der Mehrheitsgesellschaft in Leipzig und ihre Zusammenführung als Kommunikationsbrücke für eine bessere Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit,
- Vernetzung und Stärkung der Kooperationsarbeit, Förderung der Kooperationsstrukturen mit kommunalen Institutionen sowie
- Aufbau langfristiger Organisationsstrukturen.

Was wurde getan?

- Qualifizierung von entwicklungspolitisch aktiven und interessierten Migranten- und interkulturellen Vereinen in Form von Einzelberatung und Koordination der AG Entwicklungspolitik im Netzwerk Integration in Leipzig.
 - Lokale Vernetzungstreffen und regionale Runde Tische zu Ländergruppen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.
 - Weiterbildung zu Vereinswesen und Antragsstellung (mit Schwerpunkt in Dresden).
 - Ausbildung von drei Migrant/-innen als Multiplikatoren.
 - Schulung von deutschen Sprachlehrer/-innen zu Interkultureller Kompetenz und Globalem Lernen.
 - Qualifizierungsreihe für migrantische Referent/-innen des Globalen Lernens in schulischen Einrichtungen in Sachsen.
-

Wer hatte die Initiative und wer war beteiligt?

In Kooperation mit dem Eine Welt e.V. Leipzig und der Mittelamerikainitiative Leipzig e.V. hat das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen einen Antrag auf Förderung einer Projektstelle erarbeitet und zur Förderung eingereicht. Die Projektstelle wird seit Anfang 2010 von Dr. Miguel Angel Ruiz Martinez ausgefüllt, der die Arbeit in Leipzig in Form einer AG Entwicklungspolitik unter dem Dach des Netzwerkes Integration und Migration lokal verankert.

Welche Ressourcen kamen oder kommen zum Einsatz?

Das Förderprogramm entwicklungspolitische Bildung (FEB) des BMZ, die Stiftung Nord-Süd-Brücken und der Evangelische Entwicklungsdienst förderten und fördern die Projektstelle. Das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen e.V. bringt als Träger hierfür den Eigenanteil auf und unterstützt das Vorhaben durch Beratung und Vernetzung. Die Förderung ist vorläufig befristet bis Ende 2011. Sowohl die Arbeitstelle Eine Welt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen als auch das Netzwerk Integration und Migration in Leipzig waren und sind mit ihren Informationen, Kontakten und mit Beratung unverzichtbare Netzwerkpartner.

Welche Faktoren führten und führen zum Erfolg und wie lautet der Ausblick in die Zukunft?

Ein Erfolgsfaktor der Arbeit in Leipzig ist, dass die übliche Trennung der Sphären Integration/interkulturelle Verständigung und Entwicklungspolitik bewusst ignoriert wurde, weil sie nicht der Selbstwahrnehmung der Migrantenorganisationen entspricht. In gleicher Weise machen die Migrantenorganisationen in Leipzig in ihrem entwicklungspolitischen Engagement für ihr jeweiliges Herkunftsland keinen Unterschied zwischen östlichen Transformationsländern, zu denen es aufgrund der Historie als Stadt der ehemaligen DDR vielfältige Beziehungen gibt, oder einem „klassischen“ Entwicklungsland des „Südens“. Da rund 12.000 Leipziger/-innen aus der ehemaligen Sowjetunion stammen, wird diese Trennung als künstlich und nicht der Lebensrealität entsprechend wahrgenommen und deshalb ignoriert.

Ein weiterer Erfolgsfaktor war die interkulturelle Zusammensetzung der ausgebildeten Multiplikatoren: für den Zugang zu arabisch-stämmigen Gruppen und Vereinen war es für den Netzwerkkoordinator Miguel Ruiz hilfreich, einen Kollegen aus dem arabischen Sprachraum zu haben, der hierfür eine Brückenbauerfunktion einnehmen konnte.

Das Empowerment entwicklungspolitischer Migrantenorganisationen hat ihr Engagement in Leipzig seither sichtbar gemacht und führte zum Aufbau neuer Netzwerkpartnerschaften mit weiteren Ämtern und Abteilungen der Stadtverwaltung: So beteiligt sich die AG Entwicklungspolitik an der Bewerbung Leipzigs um den Titel als Fairtrade-Trade-Town und an der Zukunftsakademie Leipzig.

Trotz aller Erfolge wird eine professionelle Weiterbegleitung der MO als notwendig erachtet. Gerade die enge Vernetzung der Sphären „Integration“ und „Entwicklung“ hat im Rahmen der Projektarbeit in Leipzig aufgezeigt, welchen Erfahrungsvorsprung und welche Netzwerkdichte sich Migrantenorganisationen in den vergangenen 20 Jahren in der Integrationspolitik erarbeitet haben, die sie sich für entwicklungspolitische Aktivitäten erst noch erschließen müssen.

Wo kann man sich weiter informieren?

Entwicklungspolitisches Netzwerk in Sachsen e.V. (ENS)

www.einewelt-sachsen.de

Ansprechpartner: Dr. Miguel Angel Ruiz Martinez

Tel: 03 41 / 9 94 06 83

E-Mail: miguel.ruiz@einewelt-sachsen.de

Ludwigsburg – Afrikatag - Afrika hilft Afrika

Woher stammte der Impuls für die Aktivität?

Ludwigsburg hat gemeinsam mit seiner französischen Partnerstadt Montbéliard eine Projektpartnerschaft mit der Stadt Kongoussi in Burkina Faso begründet, um Hilfe beim Kampf gegen Armut und Analphabetismus zu leisten. Eine Schule mit drei Klassenzimmern und eine Bewässerungsanlage für den Gemüseanbau wurden bereits fertig gestellt. Als Saliou Gueye, der Integrationsbeauftragte der Stadt Ludwigsburg, im Jahr 2007 davon erfuhr, war seine Motivation zum Engagement, gestärkt durch die eigene Herkunft aus Afrika, geweckt. Er lud afrikanische Vereinigungen in Ludwigsburg ein und gemeinsam wurde beschlossen, mit einem Afrikatag einen eigenen Beitrag zum Projekt Ludwigsburgs in Kongoussi zu leisten.

Wie lautete das Ziel?

Der Afrikatag schafft Möglichkeiten der interkulturellen Begegnung und hilft so, Vorurteile und Klischees gegenüber dem Kontinent Afrika abzubauen. Zudem verfolgen die Initiatoren einen integrativen Ansatz. Der Afrikatag soll nicht nur die afrikanische Diasporagemeinde ansprechen, sondern auch eine Plattform des Treffens und der Vernetzung für alle Interessierten sein. So haben am ersten Afrikatag auch Vertreter/-innen der griechischen und kroatischen Gemeinde sowie türkische Vereine teilgenommen. Humanität, Integration und Spaß stehen bei der seit 2008 stattfindenden Veranstaltung im Vordergrund. Es sollen aber auch brisante und aktuelle Themen, die den afrikanischen Kontinent betreffen, zur Sprache kommen. Der erste Afrikatag hatte daher Beschneidung und Genitalverstümmelung als Diskussionsthemen. Eine Art Entwicklungsvorhaben in zwei Richtungen hat sich der kreisweit agierende Verein „Afrika hilft Afrika“, der im März 2011 gegründet wurde, zum Ziel gesetzt: Für gesellschaftliche und berufliche Integration von Migranten in Deutschland wollen sich die Mitglieder ebenso einsetzen, wie für eine realistische Aufklärung in der Schule über die Lebensverhältnisse auf dem fünften Kontinent.

Was wurde getan?

Ludwigsburg feierte nach dem großen Erfolg seit 2008 am 24. April 2010 wieder einen Afrikatag. Die Benefizveranstaltung mit Podiumsdiskussion, Filmvorführung und großem afrikanischem Gala-Abend wurde von den afrikanischen Vereinen des Landkreises Ludwigsburg in Kooperation mit der Stadt Ludwigsburg, dem Verein Kinokult und der Filmakademie Baden-Württemberg organisiert. Die Erlöse des Abends kamen dem Afrikaprojekt Ludwigsburgs in Kongoussi zugute.

Das Programm begann mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Beitrag der afrikanischen Diaspora zur Integration und Entwicklungszusammenarbeit“. Einen tieferen Einblick in den Alltag einer senegalesischen Großfamilie eröffnete die Vorführung des Films Faat Kiné des Altmeisters Ousmane Sembène. Der große Afrikanische Gala-Abend beinhaltete einen Auftritt von Schülerinnen und Schülern der Pestalozzischule, einen Bericht über das städtische Afrikaprojekt und ein afrikanisches Buffet. Im Anschluss wurde die Zirkusschau Hot Africa und der Auftritt der Band Kaira-Percu dargeboten. Weitere Höhepunkte waren eine Tombola und die African Dance Night.

Auch der Afrikatag am 16. April 2011 konnte einen großen Erfolg verzeichnen. Er hatte als Themenschwerpunkt: „Afrika nach 60 Jahren Unabhängigkeit...“. Mit hochkarätigen Gästen, wie Prinz Asfa-Wossen Asserate und dem Türkischen Generalkonsul konnten die Veranstalter ein Zeichen für eine gelungene Integration in Deutschland setzen. Neben einem Gala-Abend und Filmvorführungen gab es erstmalig einen afrikanischen Markt.

Wer hatte die Initiative und wer war beteiligt?

Das Büro für Integration und Migration der Stadt Ludwigsburg in Kooperation mit dem Team Städtepartnerschaften und Internationale Beziehungen der Stadt Ludwigsburg hat den jährlichen Afrikatag ins Leben gerufen. Weitere Unterstützung für die Veranstaltung kommt von Seiten der Filmakademie Baden Württemberg und dem Verein „Afrika hilft Afrika“.

Welche Ressourcen kamen oder kommen zum Einsatz?

Der Afrikatag wird finanziell getragen von verschiedenen örtlichen Dienstleistungsanbietern, der Filmakademie Baden-Württemberg, der Zeitschrift Africa Positive und der Stadt Ludwigsburg.

Welche Faktoren führten und führen zum Erfolg und wie lautet der Ausblick in die Zukunft?

Ein wichtiger Faktor für den Erfolg der Veranstaltung ist sicherlich die enge Kooperation von kommunaler und Vereinsarbeit. Bisher waren die Veranstaltungen immer ausgebucht! Darüber hinaus bietet der integrative Ansatz Anknüpfungspunkte für eine Vernetzung in weitere kommunale Strukturen, die eine Langfristigkeit des Engagements sichern. Die Präsenz politischer Vertreter/-innen bei den bisherigen Afrikatagen setzte ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung.

Für die Zukunft plant der Verein „Afrika hilft Afrika“ beispielsweise Vorträge und Workshops an Schulen und Kindergärten. Im Frühjahr 2012 soll eine Tagung in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt zum Thema "Rolle der afrikanischen Diaspora in der Entwicklungszusammenarbeit" stattfinden. Spenden für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika wollen die Vereinsmitglieder zusätzlich sammeln. Darüber hinaus soll in Kürze eine Kampagne für den fairen Handel gestartet werden, um Produkte aus Afrika besser auf dem lokalen Markt platzieren zu können.

Wo kann man sich weiter informieren?

Stadt Ludwigsburg - Büro für Integration und Migration
Obere Marktstr. 1
71634 Ludwigsburg
Ansprechpartner: Saliou Gueye
Tel: 07141 / 9102714
E-Mail: s.gueye@ludwigsburg.de

Mecklenburg-Vorpommern – Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit durch MIGRANET-MV

Woher stammte der Impuls für die Aktivität?

MIGRANET-MV bildet den Zusammenschluss der Migrantenorganisationen (MO) in Mecklenburg-Vorpommern. Nach mehreren landesweiten Treffen seit Beginn der 90er Jahre gründete sich im Mai 2009 der Dachverband mit derzeit 45 Vereinen und Gruppierungen. Einige der MO sind seit Jahren sowohl im Handlungsfeld Integration als auch in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit und in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit aktiv. Erst die landesweite Vernetzung machte den Mitgliedsgruppen deutlich, dass sich viele ihrer Aktivitäten zwar im entwicklungspolitischen Kontext bewegen, dass sie dies bis dato aber nicht explizit so benannt hatten. Parallel zum Perspektivwechsel in der staatlichen EZ hin zu den Potenzialen der Diaspora startete innerhalb von MIGRANET-MV ein Diskussionsprozess, der an der dritten Jahreskonferenz 2009 im Beschluss mündete, auf die Förderung des entwicklungspolitischen Engagements einen besonderen Fokus zu legen.

Wie lautet das Ziel?

Grundsätzlich will MIGRANET-MV für Migrant/innen die Möglichkeit der politischen Partizipation erschließen. Migrant/-innen sollen in das Gemeinwesen und in demokratische Entscheidungsprozesse eingebunden sein. MIGRANET-MV will zudem die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung durch Migrant/-innen fördern.

In diesem Sinne sieht MIGRANET-MV entwicklungspolitische Aktivitäten als Teil gesellschaftlicher Verantwortung und will mehr Engagement unter Migrant/innen fördern. Zugleich sollen die Kenntnisse von Migrant/-innen in die Entwicklungspolitik des Landes integriert werden und hierfür sollen die Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen gestärkt werden.

Was wird getan?

Seit Sommer 2010 engagiert sich der Förderverein des Migrantenrates der Hansestadt Rostock (FABRO e.V.) als Träger von MIGRANET-MV im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit. In einem zunächst halbjährigen Projekt wurden die entwicklungspolitischen Ziele von MIGRANET-MV definiert und Migrant/-innen als Multiplikatoren gesucht, die in entwicklungspolitischer Inlandsarbeit qualifiziert wurden. Es handelt sich bei ihnen durchwegs um Mitglieder von MO, die bereits selbst entwicklungspolitische Projekte durchgeführt haben. Die Multiplikator/-innen beraten und begleiten ihrerseits Vereine und Einzelpersonen beim Vereinsmanagement und bei der Entwicklung neuer Projekte. Über die Aktivitäten der Mitgliedsgruppen, wie z.B. einer Vortragsreihe zum Thema Finanzkrise und Armut informiert die Internetseite von MIGRANET-MV und trägt dadurch zu einer besseren Wahrnehmung entwicklungspolitischen Engagements von MO in der Öffentlichkeit bei. In einem Folgeprojekt von 2011 bis 2012 wurden und werden die geschulten Akteure wiederum selbst als Berater/-innen in Mecklenburg-Vorpommern tätig.

Wer hatte die Initiative und wer war beteiligt?

Den Startpunkt setzten die Mitgliedsgruppen in MIGRANET-MV, weil ihr Wunsch, weitere Projekte im Bereich der entwicklungspolitischen Bildung durchzuführen, zur entwicklungspolitischen Schwerpunktsetzung führte. Beim Förderverein FABRO e.V., der bereits 2005 zur Unterstützung der kommunalpolitischen Selbstvertretung der Rostocker Migrant/-innen gegründet wurde laufen als Geschäftsführung für MIGRANET-MV die Fäden zusammen. Sehr hilfreich ist der intensivierte Informationsaustausch zu entwicklungspolitischer Bildungs- und Informationsarbeit mit anderen Institutionen, wie z.B. der GIZ (früher InWEnt), mit entwicklungspolitischen Landesnetzwerken und mit (migrantischen) Beratungsinstitutionen.

Welche Ressourcen kamen oder kommen zum Einsatz?

Neben der Tatsache, dass MIGRANET-MV als Netzwerk mit Mitteln der EU-, des Landes- und der Stadt Rostock gefördert wird und auf diese Weise eine stabile Struktur zur Verfügung steht, wurde das Multiplikatorenprojekt von Juli bis Dezember 2010 von InWEnt gefördert. Im Jahr 2011 kam eine kleinere Anschlussförderung durch die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung zustande. Für die Fortführung des Arbeitsschwerpunktes der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit sollen in 2012 erneut Fördermittel akquiriert werden. Der Träger FABRO e.V. stellt durch sein Know-how, durch Spenden, die er einwirbt und durch weitere projektspezifische Einnahmen Kontinuität und Professionalität sicher.

Welche Faktoren führten und führen zum Erfolg und wie lautet der Ausblick in die Zukunft?

Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist die Existenz vieler Migrantenorganisationen, die bereit sind, sich zu engagieren und sich in vielfältigen Projekten einzubringen. Allerdings ist auch die institutionelle Förderung ein wichtiger Erfolgsfaktor, weil sie gewährleistet, dass den Vereinen für die Realisierung ihrer Projekte ein verlässlicher Partner mit Fachwissen zur Seite steht.

Auf der 5. Jahreskonferenz am 19. Juni 2011 hat MIGRANET-MV ein 7-Punkte-Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre verabschiedet:

1. Die entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit wird zu einem ständigen Arbeitsschwerpunkt des Sprecherrates
2. Zum Ausbau und zur Verstetigung der Aktivitäten soll ein Projektbüro eingerichtet werden.
3. Die Beratung der MO soll landesweit, dezentral und interkulturell mit Hilfe von Multiplikator/-innen ausgebaut werden.
4. Für die Multiplikator/-innen und für Mitgliedsgruppen sollen Qualifizierungsworkshops entwickelt und angeboten werden.
5. Die Zahl der geförderten Projekte in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit soll steigen.
6. Die Vernetzung im norddeutschen Raum, auch Bundesland übergreifend, soll intensiviert werden.
7. Im Bereich der Entwicklungspolitik soll die Partizipation von Migrant/-innen auf kommunaler und auf Landesebene verbessert werden.

Wo kann man sich weiter informieren?

MIGRANET-MV

c/o FABRO e.V.

Waldemarstraße 33

18057 Rostock

www.MIGRANET-MV.de

Ansprechpartner: Dr. Rubén Cárdenas

Tel: 0381 / 21044015 und 0381 / 1286990

E-Mail: fabro1-ev@t-online.de

München – Qualitätsstandards für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit

Woher stammte der Impuls für die Aktivität?

Das Rahmenkonzept zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit der Landeshauptstadt München (im Sommer 2010 verabschiedet) sieht unter anderem vor, die zivilgesellschaftlichen Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen, verstärkt mit ihnen zusammenzuarbeiten sowie weiteres bürgerschaftliches Engagement anzuregen.

Zur Auswahl der zivilgesellschaftlichen Kooperationspartner und der zu unterstützenden Projekte benötigt die Stadtverwaltung einen Rahmen für die Beurteilung, inwiefern ein Projektvorschlag oder eine Initiative ein „gutes Projekt der Entwicklungszusammenarbeit“ darstellt. Auch von Seiten der zivilgesellschaftlichen Akteure wurde die Notwendigkeit betont, nicht nur auf die Quantität, sondern vor allem auf die Qualität von entwicklungspolitischem Engagement zu achten und in diesem Sinne wurde ein kritischer Austausch über die eigene Projektarbeit angeregt.

Wie lautete das Ziel?

Das Ziel lautete, Qualitätsstandards für Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit den Akteuren der entwicklungspolitischen Arbeit in München zu erarbeiten und zu verabschieden. Diese Standards sollen zur Selbstreflexion, zum Erfahrungsaustausch mit anderen Organisationen oder als Basis für eine - auf die eigenen Kapazitäten und Möglichkeiten zugeschnittene - Checkliste für die Bewertung der Projektarbeit dienen. In der Stadt München sollen sie künftig auch als Maßstab für die Auswahl der Kooperationspartner eingesetzt werden.

Das Rahmenkonzept der Münchner kommunalen Entwicklungszusammenarbeit formuliert unter anderem das Ziel, Migrant/-innen „verstärkt als Brückenbauer der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit“ einzubinden. Um dem Anspruch einer partnerschaftlichen Nord-Süd-Kooperation gerecht zu werden und einen multikulturellen Blick auf die Frage „Wann ist ein Projekt ein gutes Projekt?“ zu ermöglichen, sollten deshalb Vertreter/-innen von entwicklungspolitisch aktiven Migrantorganisationen explizit an der Erarbeitung der Qualitätsstandards mitwirken.

Was wurde getan?

Die in der Stadtverwaltung zuständige Stelle für Internationale Angelegenheiten und das Nord-Süd-Forum München e.V. veranstalteten eine entwicklungspolitische Fachtagung zum Thema „Was macht gute Projekte der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit aus?“ (22. Oktober 2010). Als Diskussionsgrundlage erarbeitete das Nord-Süd-Forum im Vorfeld ein Thesenpapier, das die Konzepte und Kriterien von 15 entwicklungspolitischen Fachorganisationen und Vereinen² berücksichtigt

In mehreren Workshops wurden die Thesen unter Beteiligung von 67 entwicklungspolitisch aktiven Münchner/-innen, darunter auch mehrere Vertreter/-innen von entwicklungspolitisch aktiven Migrantorganisationen, diskutiert. Es wurden Vorschläge zur Modifikation eingebracht und es wurden Aspekte genannt, die bei der Überarbeitung zu beachten wären. Aus dem Kreis der Teilnehmenden hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die aus den Ergebnissen der Fachtagung ein Papier mit zwölf ausführlich erläuterten Qualitätsstandards für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit erstellt hat. Diese Standards werden nun in der entwicklungspolitischen Szene in München veröffentlicht. In der Stadtverwaltung wird geprüft, wie die Standards in die entwicklungspolitische Arbeit der Stadt München integriert werden können. Sie sollen mit der Fortschreibung des Rahmenkonzepts für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2012 vom Stadtrat verabschiedet werden.

² Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH), Brot für die Welt, Eirene, Menschen für Menschen, Misereor, terre des hommes, Welthungerhilfe sowie BMZ.

Wer hatte die Initiative und wer war beteiligt?

Die Initiative ging von der Stelle für Internationale Angelegenheiten (Büro des 3. Bürgermeisters) der Landeshauptstadt München und dem Nord-Süd-Forum e.V. aus. Das Nord-Süd-Forum e.V. existiert seit 1989 und ist ein Zusammenschluss von mittlerweile 61 entwicklungspolitisch aktiven Gruppen und weiteren 13 Einzelpersonen.

Welche Ressourcen kamen zum Einsatz?

Die finanzielle und organisatorische Umsetzung erfolgte durch die Stelle für internationale Angelegenheiten der Landeshauptstadt München. Die inhaltliche Diskussion wurde maßgeblich durch die Fachkompetenz des Nord-Süd-Forums getragen, als Quelle wurden die Erfahrungen von 15 entwicklungspolitischen Fachorganisationen herangezogen.

Die Fachtagung „Was macht gute Projekte der Entwicklungszusammenarbeit aus?“ wurde durch einen externen Moderator und mit Unterstützung weiterer Co-Moderatoren aus dem entwicklungspolitischen Netzwerk durchgeführt.

Welche Faktoren führten und führen zum Erfolg und wie lautet der Ausblick in die Zukunft?

Die Stelle für Internationale Angelegenheiten hatte sich 2009 am Pilotprojekt „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt beteiligt und im Rahmen dessen neue Kontakte zu entwicklungspolitisch aktiven Migrantengruppen sowie zu Netzwerkknoten erschlossen. Das Nord-Süd-Forum bietet seit Herbst 2009 regelmäßig Beratung für Migranten(-organisationen) an, die in und für ihre Herkunftsländer entwicklungspolitisch aktiv sind oder es werden wollen. Diese und die aus dem Pilotprojekt entstandenen Kontakte stellen eine wichtige Ressource dar.

Zielgruppe der partizipativen Erarbeitung von Qualitätsstandards waren Vereine, die sich engagiert einbringen und die sich über die Qualität ihrer Arbeit austauschen wollten. Entwicklungspolitisch aktive Migranten waren insofern keine „Sondergruppe“, sondern ein selbstverständlicher Teil der Zielgruppe. Die Fachtagung hat aber von den vorangegangenen Aktivitäten profitiert, denn es ist gelungen, ein aktives Voneinander Lernen in Gang zu bringen und die Sichtweise „des Südens“ in den Qualitätskriterien zu verankern.

Im Ergebnis treffen die Qualitätsstandards umfassend Aussagen zu Werten und Rollen im Rahmen einer nachhaltigen, kultursensiblen und partnerschaftlich ausgerichteten Zusammenarbeit. Damit erleichtern sie auch zukünftig der Münchner Zivilgesellschaft den interkulturellen Dialog über die Frage „Was ist ein gutes Projekt?“ und schaffen – auf mehrfacher Ebene - eine Basis für eine Zusammenarbeit zwischen heute noch eher „deutsch“ und eher „migrantisch“ geprägten Organisationen und Akteuren.

Wo kann man sich weiter informieren?

Landeshauptstadt München, Stelle für internationale Angelegenheiten, Rathaus,
80331 München, Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Ansprechpartnerin: Renate Hechenberger,
Tel. 089 / 233-92776
E-Mail: internationales@muenchen.de

Stuttgart – Handlungsfeld „Entwicklungspolitik“ im Forum der Kulturen e.V.

Woher stammte der Impuls für die Aktivität?

Die Zahl der entwicklungspolitisch aktiven Migrant*innenorganisationen, die sich mit dem Wunsch nach Beratung und Vernetzung an das Forum der Kulturen e.V. (Dachverband der Migrant*innenvereine in der Region Stuttgart) wandte, wuchs seit der Gründung des Forums im Jahre 1998. Das Forum erkannte die Notwendigkeit, dieses Handlungsfeld auszubauen und sich selbst im entwicklungspolitischen Bereich besser zu vernetzen. Der 1. Bundesfachkongress Interkultur in Stuttgart 2006 bot die Chance, das Thema in Form eines „Fachforums Entwicklungspolitik“ aufzugreifen. Anschließend überführte eine breit besetzte Arbeitsgruppe die Erkenntnisse in ein Konzept für das Handlungsfeld Entwicklungspolitik im Dachverband der Stuttgarter Migrant*innenvereine. Auf dieser Basis beantragte das Forum der Kulturen e.V. beim Evangelischen Entwicklungsdienst die Förderung von Personalmitteln für das Projekt „Migration, Diaspora und Entwicklungszusammenarbeit“.

Wie lautete das Ziel?

Mit der Einrichtung der Projektstelle, die seit 2007 der Politikwissenschaftler Paulino Miguel inne hat, setzt sich das Forum der Kulturen die folgenden Ziele:

- Die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe entwicklungspolitisch interessierter Migrant*innen/-innen.
- Die Förderung und Stärkung ihrer spezifischen entwicklungspolitischen Potenziale.
- Die Stärkung ihres entwicklungspolitischen Engagements sowie eine nachhaltigere und zielgerichtetere Ausgestaltung ihres Engagements.
- Ein verstärktes Engagement von Migrant*innen/-innen als Multiplikatoren auf dem Gebiet der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit.
- Eine Vernetzung und effektivere Zusammenarbeit entwicklungspolitisch engagierter Migrant*innen/-innen mit staatlichen, privaten und kirchlichen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit.

Was wurde getan?

Die Arbeit im Handlungsfeld Entwicklungspolitik steht auf mehreren Säulen:

- Entwicklungspolitisch aktive und interessierte Migrant*innen/-innen werden individuell beraten. Da in und um Stuttgart mittlerweile rund 60 Institutionen zur Zielgruppe und zum Adressatenkreis zählen, wird diese Beratung verstärkt über den Arbeitskreis „Migrant*innen und Entwicklungszusammenarbeit“ und über Runde Tische abgedeckt.
- Im Arbeitskreis werden alle zwei Monate entwicklungspolitische Themen behandelt. Vorbereitet und durchgeführt wird der Kreis von sachkundigen Referent*innen und in enger Zusammenarbeit mit den entwicklungspolitischen Partnern vor Ort. Der Arbeitskreis bietet auch Raum für allgemeinen Erfahrungsaustausch und entwicklungspolitische Diskussionen.
- Mit den ebenfalls zweimonatlich tagenden Runden Tischen zu Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa kann auf den Bedarf nach kontinentspezifischer inhaltlicher Vertiefung reagiert werden.
- In Kooperation mit STUBE Baden-Württemberg (Entwicklungspolitisches Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika) werden Seminare durchgeführt.

- Jährliche Fachtagungen bieten ein Forum für den Dialog zwischen entwicklungspolitisch aktiven Migrantenorganisationen, staatlichen und kirchlichen entwicklungspolitischen Institutionen.
- Um die Öffentlichkeitsarbeit der Migrantenvereine zu unterstützen, wird in der Zeitschrift „Interkultur Stuttgart“ über ihre entwicklungspolitischen Aktivitäten berichtet. Auch beim Sommerfestival der Kulturen erhalten Migrantenvereine die Möglichkeit, vor einem großen Publikum ihre entwicklungspolitische Arbeit sowie ihr soziales Engagement darzustellen.

Wer hatte die Initiative und wer war beteiligt?

Die Initiative lag beim Forum der Kulturen. In der Startphase erhielt der Verein sehr viel Unterstützung vom Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung (ZEB) der evangelischen Landeskirche Württemberg, der Stadt Stuttgart und dem Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V. (DEAB). Für die Dauer des Projektes gibt ein Fachbeirat wichtige unterstützende Impulse und trägt zur Vernetzung des Projektes bei. Im Fachbeirat sind vertreten: DEAB, Ndwenga e.V., Diakonisches Werk (Abteilung Migration und Ökumene), ZEB, STUBE-BW, Stadt Stuttgart (Stabsabteilungen Europäische und Internationale Angelegenheiten sowie Integrationspolitik), Landeszentrale für politische Bildung, Brot für die Welt, InWEnt gGmbH Regionales Zentrum Baden-Württemberg.

Welche Ressourcen kamen oder kommen zum Einsatz?

Von 2007 bis 2010 förderte der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) die Arbeit, von 2009 an konnte auf Unterstützung des Förderprogramms Entwicklungspolitische Bildung (FEB) des BMZ zurückgegriffen werden. Der Verein Forum der Kulturen e.V. bringt sich als Träger der Stelle in erheblichem Umfang mit seinen Eigenmitteln, seinem Know-how und seinen Netzwerken ein.

Welche Faktoren führten und führen zum Erfolg und wie lautet der Ausblick in die Zukunft?

Ganz im Sinne der „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“ hat die Stadt Stuttgart dem Projekt Rückendeckung gegeben. Dem Stelleninhaber Paulino Miguel wurden dadurch innerhalb der Stadt Türen geöffnet und das entwicklungspolitische Engagement von Migrantenvereinen wurde von Anfang an als Bereicherung wahrgenommen.

Ein weiterer Erfolgsfaktor ist, dass das Projekt immer im Blick behielt, die Arbeit anderer Institutionen auf der Basis spezifischer Netzwerke und spezifischen Know-hows zu ergänzen. Auf diese Weise kann das Projekt „Migration, Diaspora und Entwicklungszusammenarbeit“ heute auf ein breites Netzwerk an Kooperationspartnern zurückgreifen. Durch die Selbstdarstellung der Migrantenvereine und den Dialog auf Augenhöhe ist es gelungen, dem entwicklungspolitischen Know-how der Stuttgarter Migrantenorganisationen überregional und bundesweit Bekanntheit zu verschaffen.

Die Arbeit kann nur mit Hilfe einer finanziellen Förderung fortgeführt werden. Allerdings zeigt das Stuttgarter Beispiel, dass Migrant/-innen Entwicklungspolitik aktiv mitgestalten, so dass das Handlungsfeld nicht mehr aus der Stuttgarter entwicklungspolitischen Szenerie wegzudenken ist.

Wo kann man sich weiter informieren?

Forum der Kulturen Stuttgart e. V., Marktplatz 4, 70173 Stuttgart
Ansprechpartner: Paulino Miguel (Mo bis Mi 10–16 Uhr)
Tel. 0711 / 248 48 08-18
E-Mail: paulino.miguel@forum-der-kulturen.de

Anhang

Tagesordnung

1. Treffen des Bundesweiten Netzwerks Migration und Entwicklung

am Dienstag, den 3. Mai 2011 in Frankfurt am Main
im Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)
(Mendelssohnstr. 75-77, 60325 Frankfurt am Main)

Programm

9:00 Registrierung und Begrüßungskaffee

9:30 Begrüßung

Anita Reddy, SKEW,

Dr. Uwe Kievelitz, CIM

Daphne Gross-Jansen, BMZ

9:45 Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene:
Bisherige Erfahrungen und Aktivitäten, Einführung in den Tag

Dr. Stefan Wilhelmy, SKEW und

Petra Schmettow, finep

10:00 Gegenseitiges Kennenlernen

10:20 Schaffung eines Interkulturellen Zentrums. Ein Beispiel aus der kommunalen Praxis in Heidelberg: Impulse, Machbarkeitsstudie, Beschluss und Konzept.

Bürgermeister Wolfgang Erichson, Dezernat für Integration,

Chancengleichheit und Bürgerdienste in Heidelberg und

Michael Mwa Allimadi, Vorsitzender des Heidelberger Ausländer- und Migrationsrates

10:50 Kaffeepause

11:05 Gestaltung des „Bundesweiten Netzwerkes Migration und Entwicklung“.
Leitfragen aus Sicht der Kommunen, anschließend Dialogrunden und Berichterstattung im Plenum

12:10 Wechselwirkungen zwischen entwicklungspolitischem Engagement und Integration.
Erfahrungen aus dem Pilotförderprogramm Zusammenarbeit mit der Diaspora.

Andrea Riester, GIZ

12:30 Mittagspause

13:30 Wo stehen wir jetzt?

Improvisationstheater frei.wild, Berlin

13:45 Einführung in das Diasporaförderprogramm der CIM

Jurica Volarević, CIM

14:05 Impulse durch kommunale Beispiele guter Praxis

Petra Schmettow, finep

14:20 Kaffeepause

14:40 Ergebnisse der Studie zu Migrantenorganisationen im entwicklungspolitischen Bereich

Nadja Losse, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)

15:00 Abschlussplenum: Ergebnisse, Dank und Ausblick

Improvisationstheater frei.wild, Berlin

Dr. Stefan Wilhelmy, SKEW

und Petra Schmettow, finep

16:00 Ende der Veranstaltung

Teilnehmerliste

	Vorname	Nachname	Institution	Ort
1.	Fatimah	Anyan	Arabisch-deutscher Dialog (i.Gr.)	Frankfurt am Main
2.	Anne	Behr	Arabisch-deutscher Dialog (i.Gr.)	Frankfurt am Main
3.	Ahmed	Brimil	Integrationsrat der Stadt Herzogenrath	Herzogenrath
4.	Elke	Büchler	Main-Kinzig-Kreis	Gelnhausen
5.	Ruben	Cardenas	Förderverein des Migrantenrats der Hansestadt Rostock e.V. (FABRO).	Rostock
6.	Sawsan	Chahrour	Stadt Rodgau	Rodgau
7.	Sabine	Drees	Deutscher Städtetag	Köln
8.	Nadiya	Edel	Euro-Schulen-Halle	Halle
9.	Ulrike	Foraci	Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen AGAH	Wiesbaden
10.	Daphne	Gross-Jansen	BMZ - Referat Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit	Berlin
11.	Saliou	Gueye	Stadt Ludwigsburg - Büro für Integration und Migration	Ludwigsburg
12.	Anett	Heilfort	Improvisationstheater frei.wild	Berlin
13.	Silvia	Hesse	Landeshauptstadt Hannover - Agenda 21-Büro	Hannover
14.	Kari	Hiepko-Odermann	Ausländerbeirat Bad Soden	Bad Soden am Taunus
15.	Jennifer	Ichikawa	Servicestelle Kommunen in der einen Welt (SKEW)	Bonn
16.	Uwe	Dr. Kievelitz	Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)	Frankfurt am Main
17.	Mai-Phuong	Kollath	Netzwerk der Migrantenorganisationen in Mecklenburg-Vorpommern (Migranetz M-V)	Berlin
18.	Albert	Korotkin	Stadt Hanau	Hanau
19.	Saskia	Krämer	finep - forum für internationale entwicklung + planung	Esslingen
20.	Patricia	Latorre	Interkulturelles Büro	Darmstadt
21.	Marion	Lich	Stadt München	München

22.	Nadja	Losse	Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V. (EPN)	Frankfurt am Main
23.	Jahanshah	Mahdavi Azar	Arbeitskreis Integration Kassel	Vellmar
24.	Severin	Mahnke	Improvisationstheater frei.wild	Berlin
25.	Paulino	Miguel	Forum der Kulturen Stuttgart e.V.	Stuttgart
26.	Luciá	Muriel	Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER) e.V.	Berlin
27.	Michael	Mwa Allimadi	Vorsitzender des Ausländer-/Migrationsrates	Heidelberg
28.	Stephanie	Nelles	Hansestadt Rostock	Rostock
29.	Salvatore Placido	Plumari	Kommunale Ausländervertretung (KAV) - Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
30.	Anita	Reddy	Servicestelle Kommunen in der einen Welt (SKEW)	Bonn
31.	Andrea	Riester	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	Eschborn
32.	Miguel Angel	Ruiz	Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V.	Dresden
33.	Ana-Violeta	Sacaliuc	Stadt Offenbach am Main	Offenbach
34.	Kayode	Salau	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	Feldafing
35.	Gabriele	Schaar-von Römer	Magistrat der Stadt Hanau	Hanau
36.	Petra	Schmettow	finep - forum für internationale entwicklung + planung	Esslingen
37.	Lydie	Seuleu	Arbeitskreis Panafrikanismus München e.V.	Rednitzhembach
38.	Christiane	Sticher	Stadt Dortmund, Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates	Dortmund
39.	Mario	Sušak	Kroatische Wirtschaftsvereinigung	Frankfurt am Main
40.	Jurica	Volarević	Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)	Frankfurt am Main
41.	Stefan	Dr. Wilhelmy	Servicestelle Kommunen in der einen Welt (SKEW)	Bonn

Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten der Länder

22. bis 24. Oktober 2008 in Dresden, vorläufiges Ergebnisprotokoll

TOP 4 Entwicklungszusammenarbeit

Die Regierungschefs der Länder kommen überein, bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Länder auf der Grundlage des Berichts „Zukunftsfähigkeit sichern – Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“ zu verfahren. Dabei erwarten sie Kooperation und Unterstützung durch die Bundesregierung.

Zukunftsfähigkeit sichern - Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen

I. Weltweite Herausforderungen und die Aufgaben der Länder

Die Bekämpfung von Hunger und Armut, der Klimawandel und die weltweit zunehmende Migration stellen die Entwicklungspolitik vor neue Herausforderungen. Die Bewältigung der globalen wirtschaftlichen, ökologischen und politischen Umwälzungen erfordert nicht nur von den Nationalstaaten und internationalen Institutionen, sondern auch von den Ländern verstärkte Anstrengungen. Vor dem Hintergrund der Millennium-Entwicklungsziele von 2000 und der Paris Deklaration von 2005 wollen die Länder ihre spezifischen Kompetenzen komplementär zu den nationalen und internationalen Akteuren einsetzen, ohne als weitere Geber in Konkurrenz zu ihnen zu treten. Es ist die vorrangige Aufgabe der Länder, als Träger und Rahmengeber für Entwicklungspartnerschaften zu fungieren, diese zu koordinieren und zu unterstützen. Die partnerschaftlichen Aktivitäten der Länder und Kommunen mit Städten, Provinzen, Regionen und Staaten der Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer gilt es weiter auszubauen. Mit ihrem vielfältigen Engagement nehmen die Länder nicht nur Mitverantwortung für eine nachhaltige globale Entwicklung wahr, sondern sichern auch ihre eigene gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Wissen, Innovation und interkultureller Kompetenz für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und angesichts der großen Wachstumspotentiale vieler Entwicklungsländer wird sich das entwicklungspolitische Engagement auch für die Länder selbst nutzbringend auswirken.

II. Kernkompetenzen und Handlungsfelder für das Engagement der Länder

Vor diesem Hintergrund konzentrieren sich die Länder nach Maßgabe ihrer entwicklungspolitischen, personellen und haushaltsbezogenen Präferenzen auf folgende Kernkompetenzen und Handlungsfelder:

1. Klimaschutz und Energie

Klimaschutz, Energieeffizienz und der Einsatz erneuerbarer Energien sind zu Schlüsselthemen der Entwicklungspolitik geworden. Auf Grund ihrer breiten Erfahrungen und ihrer Nähe zu den Akteuren der Wirtschaft sind die Länder prädestiniert, einen Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels zu leisten.

2. Ernährungssicherheit und ländliche Räume

Das Millenniumsziel, den Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung bis 2015 zu halbieren, ist gefährdet. Die Länder können durch Beratung, Bildung und Forschung vielfältige Angebote entwickeln, um die Produktivität der Landwirtschaft sowie den Lebensstandard in den ländlichen Räumen in den Entwicklungsländern zu verbessern.

3. Migration und Entwicklung

An der Schnittstelle von Entwicklungspolitik, Migration und Integration ergeben sich neue Aufgaben und Chancen für die Länder. Die Aktivierung der Diaspora kann neue Potentiale für die wirtschaftliche und kulturelle Kooperation mit Entwicklungsländern mobilisieren und die Kompetenz der Migranten als Brückenbauer zu ihren Heimatländern stärken.

4. Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit

Die Länder wollen ihr wissenschaftliches Know-how und die Kompetenz ihrer Hochschulen verstärkt für die Entwicklungszusammenarbeit nutzen und ihre Hochschulen für ausländische Studierende und Wissenschaftler attraktiver machen. Sie leisten damit einen Beitrag zur Verbesserung der internationalen Bildungskooperation und wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit.

5. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ist eine wichtige Voraussetzung für Armutsbekämpfung und Bewältigung des Klimawandels. Die Entwicklungszusammenarbeit von heute ist die Außenwirtschaft von morgen. Die Länder wollen Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit besser zusammenführen und ihre Wirtschaftsförderung stärker für das Engagement von kleinen und mittleren Unternehmen in Entwicklungsländern nutzen.

6. Gute Regierungsführung und Dezentralisierung

Mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen im föderalen System sind die Länder in besonderem Maße geeignet, Entwicklungsländer in Bezug auf gute Regierungsführung und beim Aufbau dezentraler Verwaltungsstrukturen zu unterstützen und einen aktiven Beitrag zum „capacity building“ zu leisten.

7. Kultur und Entwicklung

Kultureller Austausch dient der Völkerverständigung und trägt zur internationalen Konfliktprävention bei. Deshalb gewinnen der interkulturelle Dialog und die Umsetzung kultureller Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit an Bedeutung, insbesondere vor dem Hintergrund der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt (2005). Die Länder wollen die Kulturkooperation mit Entwicklungsländern – auch gemeinsam mit dem Bund – verstärken.

8. Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit

Es bleibt die wichtige Aufgabe der Länder, die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit und das damit verbundene bürgerschaftliche Engagement zu fördern. Gleichwohl begrüßen die Länder das Engagement des Bundes in diesem Bereich. Einer gemeinsam getragenen und breit angelegten entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit im schulischen und außerschulischen Sektor kommt eine große Bedeutung zu. Dies sollte mit den Anstrengungen der Länder zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und mit dem neuen Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung verbunden werden.

III. Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung

Die Leistungen der Länder in ihrer Substanz und Vielfältigkeit sind für die Entwicklungspolitik unverzichtbar und öffnen neue Perspektiven für ein verstärktes gemeinsames Engagement. Die Länder sind bereit, auch weiterhin ihre Verantwortung für die Entwicklungspolitik wahrzunehmen und in diesem Politikfeld eine aktive Rolle zu spielen. Dem Beitrag der Kommunen für die Partnerschaft mit Entwicklungsländern messen die Länder eine große Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für Kultur- und Bildungsarbeit, für die Kooperation mit Migranten aus Entwicklungsländern, für gute Regierungsführung und Dezentralisierung sowie für „capacity building“ im Bereich kommunaler Aufgaben. Von der Bundesregierung erwarten die Länder Kooperation und Unterstützung. Dies bedeutet insbesondere:

- Dort, wo die Länder im Hinblick auf bestimmte Zielländer oder Themen besonderes Engagement zeigen oder über besondere Kompetenz verfügen, sollte die Bundesregierung die Länder stärker in die bilaterale und internationale Entwicklungszusammenarbeit des Bundes einbinden (Ländergespräche, Thementeam, Kooperation mit CIM, DED, GTZ, InWEnt, KfW u. a.).
-

- Regionale und überregionale Strukturen im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und der Weiterbildung von Fach- und Führungskräften in Deutschland sind für die Länder von großer Bedeutung. Sie sollen erhalten bleiben und gestärkt werden.
- Von der Stärkung des Standortes Bonn als Sitz der Vereinten Nationen und internationales Kompetenzzentrum für Entwicklungszusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung können alle Länder profitieren. Im Lichte dieser Erfahrung bitten die Länder die Bundesregierung, für die Ansiedlung weiterer internationaler Organisationen in Deutschland zu werben. Nur durch gemeinsame entwicklungspolitische Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen wird es Deutschland gelingen, seine Zukunftsfähigkeit im globalen Wettbewerb zu wahren.

Weitere Informationen erhalten Sie unter <http://www.sachsen.de/mpk/index.html>.

Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit zur Umsetzung des Beschlusses der Ministerpräsidenten der Länder vom 24. Oktober 2008 zur Kommunalen Entwicklungspolitik

Hintergrund

In dem Beschluss der Ministerpräsidenten (MPK-Beschluss) zur Entwicklungszusammenarbeit (EZ) der Länder vom Oktober 2008 sprechen sich die Länder dafür aus, die partnerschaftlichen Aktivitäten der Kommunen mit Entwicklungsländern verstärkt zu fördern. Der Beschluss führt aus: „Dem Beitrag der Kommunen für die Partnerschaft mit Entwicklungsländern messen die Länder eine große Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für Kultur- und Bildungsarbeit, für die Kooperation mit Migranten aus Entwicklungsländern, für gute Regierungsführung und Dezentralisierung sowie für „capacity building“ im Bereich kommunaler Aufgaben.“

Im November 2008 hat sich der Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit (BLA EZ) mit der Umsetzung des MPK-Beschlusses befasst. Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) hat dazu seine 2009 veröffentlichte Studie zur kommunalen Entwicklungspolitik vorgestellt, mit der das Thema erstmals deutschlandweit wissenschaftlich aufgearbeitet und eine erste Daten- und Arbeitsgrundlage erstellt worden ist. Die Studie bestätigt, dass die Kommunen wirksame Beiträge zur Erreichung internationaler Ziele – beispielsweise der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) und der Agenda 21 – leisten und leisten können. Allerdings zeigt sich auch, dass dieses Potential derzeit noch nicht ausgeschöpft ist. Gleichzeitig ermittelte die Studie auf allen politischen Ebenen einen erheblichen Informations- und Aufklärungsbedarf darüber, was Kommunale Entwicklungspolitik (KEpol) ist und welche Rolle Kommunen insgesamt in der Entwicklungspolitik spielen können und sollen.

Daraufhin hat der BLA EZ auf seiner Sitzung am 7. November 2008 eine temporäre Bund-Länder AG bestehend aus Bund¹, Ländern², Kommunen³ und kommunalen Spitzenverbänden⁴ zur KEpol eingerichtet⁵. Ihr Auftrag war es, bis zur Sitzung des BLA EZ im November 2009 ein gemeinsames Verständnis von Definition, Rolle und Zielen der KEpol im Rahmen des Mehrebenenansatzes und der neuen Architektur der Entwicklungspolitik (MDGs, Paris-Erklärung⁶, Aktionsplan von Accra⁷) zu diskutieren und Vorschläge für die Umsetzung des MPK-Beschlusses zu erarbeiten.

1 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Referate 113 und 114)

2 Berlin, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz

3 Bonn, Dortmund, Köln, Ladenburg, Leipzig, Rhein-Hunsrück-Kreis, Stuttgart, Weimar

4 Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag

5 Außerdem wurde die von Bund, Ländern und Kommunen getragene Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW) beteiligt.

6 „Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit: Eigenverantwortung, Harmonisierung, Partnerausrichtung, Ergebnisorientierung sowie Rechenschaftspflicht“ vom 2. März 2005 der für die Förderung der Entwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister aus Industriestaaten und Entwicklungsländern sowie Leiterinnen und Leiter multilateraler und bilateraler Entwicklungsinstitutionen

7 „Aktionsplan von Accra“ vom 4. September 2008 der für die Förderung der Entwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister aus Entwicklungs- und Geberländern sowie der Leiterinnen und Leiter multilateraler und bilateraler Entwicklungsorganisationen zur Beschleunigung und Vertiefung der Umsetzung der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit

Im Zuge ihrer Arbeit hat die AG vielfältige Potentiale und Stärken der Kommunen in der Entwicklungspolitik identifiziert. Gleichzeitig hat sie festgestellt, dass diese aus unterschiedlichsten Gründen noch nicht optimal zum Einsatz kommen. Vor diesem Hintergrund hat die AG ein Empfehlungspapier zur KEpol erarbeitet, um Wege aufzuzeigen, im Rahmen des politisch und rechtlich Machbaren mehr Kommunen zu entwicklungspolitischem Engagement zu ermutigen bzw. bestehendes Engagement zu stärken.

Der BLA EZ diskutierte auf seiner Sitzung am 12. November 2009 dieses Empfehlungspapier und beauftragte ein Redaktionsteam⁸ mit seiner Überarbeitung. Das Arbeitsergebnis des Redaktionsteams ist dieser Vorschlag für einen Beschluss des BLA EZ.

Vorschlag für einen Beschluss des BLA EZ

I. Ausgangsposition und Grundgedanken

Folgende Grundgedanken liegen dem Beschluss zugrunde:

Die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) sind die zentrale Aufgabe und Herausforderung der Entwicklungspolitik. Zu ihrer Erreichung sind alle staatlichen und nicht-staatlichen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gefordert, ihrer Verantwortung für die Eine Welt gerecht zu werden und im Rahmen ihrer Kompetenzen und Kapazitäten den ihnen möglichen Beitrag zu leisten. Auch die Kommunen in Deutschland stehen in einer entsprechenden Verantwortung.

Dem entwicklungspolitischen Engagement der Kommunen kommt dabei im Mehrebenen-System staatlicher Entwicklungspolitik und insbesondere durch die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure eine wichtige Rolle zu. (Der BLA EZ erkennt ausdrücklich das bereits vorhandene vielfältige und ideenreiche Engagement vieler deutscher Kommunen an. Die bestehenden Aktivitäten der Kommunen und kommunalen Spitzenverbände sind als Anregungen und Erfahrungen in dieses Papier eingeflossen.)

Das entwicklungspolitische Engagement der Kommunen ist eine freiwillige Aufgabe, die Kommunen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung und im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit in eigener Verantwortung übernehmen können.

II. Definition und Rolle der Kommunalen Entwicklungspolitik

Der BLA EZ teilt mit dem Deutschen Städtetag⁹, dem Deutschen Landkreistag und den als Repräsentanten für kommunale Gebietskörperschaften ausgewählten Kommunen (siehe Fußnote 3) folgende Auffassung von Definition, Potentialen, Zielen und Handlungsfeldern der Kommunalen Entwicklungspolitik:¹⁰

1. Definition der Kommunalen Entwicklungspolitik (KEpol)

Unter **Kommunaler Entwicklungspolitik** wird die Summe der Mittel und Maßnahmen verstanden, die die Kommunen einsetzen und ergreifen, um die global nachhaltige Entwicklung in

⁸ Das Redaktionsteam setzte sich zusammen aus BMZ (Referate 113 und 114), Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Deutschem Städtetag und Stadt Bonn.

⁹ Siehe hierzu auch den Präsidiumsbeschluss des Deutschen Städtetages vom 04.11.2010 zur Rolle der Kommunen als Partner der nationalen Entwicklungszusammenarbeit.

¹⁰ Die Mitglieder des Deutschen Städtetages engagieren sich darüber hinaus auch in Partnerländern, die nach der OECD-Definition nicht als Entwicklungs- oder Transformationsländer bezeichnet werden, aber aus kommunaler Perspektive einen hohen Entwicklungsbedarf haben.

der eigenen Kommune, ebenso wie in Partnerkommunen in Entwicklungs- und Transformationsländern¹¹ zu fördern. Sie umfasst neben den **Maßnahmen im Inland**, wie die Informations- und Bildungsarbeit, auch die **Entwicklungszusammenarbeit**, d.h. die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Partnerkommunen im Ausland durch den Austausch von Erfahrungen und Wissen auf der jeweils korrespondierenden Ebene sowie das zur Verfügung stellen von Ressourcen¹². Unter die Bezeichnung „Kommunen“ fallen in Deutschland Städte, Landkreise, Gemeinden und Gemeindeverbände.

2. Potentiale des Kommunalen Engagements aus Sicht der Entwicklungspolitik

Den Kommunen kommt als subnationaler Ebene vor allem dann eine entwicklungspolitische Verantwortung zu, wenn ihr Handeln im Inland auch Auswirkungen auf Entwicklungsländer hat.

Die spezifischen Potentiale und Verantwortlichkeiten von Kommunen liegen, wie dies bereits ähnlich der Deutsche Städtetag in seiner Millenniumserklärung der Mitgliedskommunen von 2007 (s. Anlage 1) dargelegt hat, in:¹³

- **der erheblichen entwicklungspolitischen Relevanz kommunalen Handelns im Inland:** Die Auswirkungen kommunaler Aktivitäten im Inland auf Entwicklungsländer zeigen sich beispielsweise im öffentlichen Beschaffungswesen und im Bereich des Klimaschutzes. Allein durch ihre Beschaffungen üben Kommunen, die zusammen über 50% der öffentlichen Beschaffungen in Deutschland (das entspricht momentan einem Volumen von jährlich 150 Mrd. Euro) ausmachen, einen wesentlichen Einfluss auf die Nachfrage nach bestimmten Produkten aus. Sie können so den fairen Handel und die Einhaltung von Kernarbeitsnormen der ILO¹⁴ und anderen Sozialstandards entscheidend fördern. Im Klimaschutz können Kommunen beispielsweise durch energieeffiziente Bauweisen und städtische Mobilitätskonzepte erheblich zur Reduzierung der CO₂-Emissionen beitragen. Kommunen haben daher in ihrem lokalen Handeln eine globale Mitverantwortung.
- ihrer **Bürgernähe:** Kommunen sind die Ebene, die die direktesten Berührungspunkte mit den Bürgerinnen und Bürgern hat. Sie können Entwicklungspolitik lokal verständlich und erfahrbar machen, indem sie konkrete Anstöße geben, wo und wie jede und jeder Einzelne z.B. im eigenen Lebensalltag einen Beitrag zur Erreichung der MDGs leisten kann oder indem sie Zusammenhänge der Entwicklungspolitik im kommunalen öffentlichen Raum thematisieren. Damit fördern Kommunen u.a. ein Bewusstsein für entwicklungspolitische Probleme und gewinnen Unterstützung für ihr eigenes Engagement für nachhaltige Entwicklung. Kommunen haben daher ein besonders wertvolles Potential in der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit und der Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Gruppen.

11 Im Sinne der vom DAC (Development Assistance Committee – Entwicklungsausschuss der OECD) erstellten Liste der Empfänger von ODA (Official Development Assistance – Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit)

12 Definition in enger Anlehnung an: Fröhlich, Katrin/Lämmlin, Bernd: Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Discussion Paper 1/2009, Bonn: S. 11.

13 Die Reihenfolge der aufgeführten Potentiale und Verantwortlichkeiten von Kommunen präjudiziert nicht deren Grad an Wichtigkeit. Ob sich Kommunen eher im Inland oder Ausland engagieren - oder beides – kann von Fall zu Fall variieren. Allerdings ist es in der Praxis oftmals so, dass der Aufbau von Partnerschaften zu Kommunen in Entwicklungsländern stattfindet, wenn zuvor eine Sensibilisierung über entwicklungspolitische Themen in der Kommune vor Ort stattfand.

14 „Erklärung über die fundamentalen Rechte in der Arbeit“ durch die International Labor Organisation (ILO)

- ihren Möglichkeiten, **partnerschaftliche Beziehungen** zu Kommunen in Entwicklungsländern aufzubauen und langfristig zu pflegen: Kommunen ermöglichen so Begegnungen und **Vertrauensbildung** zwischen den Menschen in den jeweiligen Kommunen. Ein bürgernaher partizipatorischer Ansatz ist wesentlich für nachhaltige entwicklungspolitische Initiativen und kommt insbesondere in kommunalen Partnerschaften zum Tragen. Gerade die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit deutschen Kommunen auf Augenhöhe wird von den Partnerkommunen in den Entwicklungsländern geschätzt.
- ihren **kommunalspezifischen Kompetenzen und ihrem Fachwissen**: Diese Kompetenzen, z.B. in den Bereichen ressourcenschonende, klimaneutrale Stadtentwicklung, Wasser, Abfallentsorgung, Katastrophenmanagement in der Kommune, Daseinsvorsorge, Sozialplanung oder kommunale Selbstverwaltung und demokratische Prozesse auf lokaler Ebene sind von großem Nutzen. Mit ihren spezifischen Kenntnissen können Kommunen Themen und Anknüpfungspunkte in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen, die Bund und Länder so nicht abdecken können.

3. Potentiale des entwicklungspolitischen Engagements aus Sicht der Kommunen

Die entwicklungspolitischen Interessen und Motive der Kommunen sind – je nach Stellenwert des Themas Entwicklungspolitik in den Kommunen sowie aufgrund der Heterogenität der deutschen Kommunen – vielschichtig: Zu den wichtigsten Beweggründen gehören bislang **humanitäre Motive** sowie die zunehmende Erkenntnis, Akteur in einem globalen Zusammenhang zu sein. Daraus resultieren ein zunehmendes Verantwortungsbewusstsein und der Anspruch, die den Kommunen zufallende **globale Verantwortung** in der Einen Welt für die gemeinsame Zukunftssicherung aktiv wahrzunehmen und dazu einen entwicklungspolitischen Beitrag zu leisten.

Kommunen haben darüber hinaus ein eigenes Interesse an entwicklungspolitischem Engagement, da es auch für sie selbst einen deutlichen Mehrwert erzeugen kann und die Bewältigung globaler Probleme ihnen ebenfalls zugute kommt. Zu den Interessen der Kommunen gehören:

- **Lernen** aus der Partnerschaft mit Kommunen: Kommunen können mit ihrem kommunalspezifischen Know-how wertvolle Expertise und Erfahrungen in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen. Dies ist jedoch nicht als Einbahnstraße zu verstehen, sondern als Austausch und Möglichkeit zum wechselseitigen Lernen. Deutsche Kommunen können Anregungen für die Lösung eigener Probleme und zusätzliche Impulse für die eigene Arbeit gewinnen.
- Imageverbesserung der Kommune als **weltoffene und international engagierte Kommune**: Kommunen nehmen eigene wirtschaftliche und standortpolitische Interessen wahr, von denen insbesondere die lokale Wirtschaft profitieren kann.
- **Qualifizierung und Weiterbildung des eigenen Personals** durch Auslandseinsätze, in der Regel in Zusammenarbeit mit den Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kommunen in Deutschland können wertvolle Erfahrungen im Projektmanagement oder der interkulturellen Kooperation sammeln, die nicht nur ihnen persönlich, sondern auch der Kommunalarbeit zugute kommen kann.
- Verbesserung der **Integration von Migranten**: Kommunen können eine integrationsfördernde Wirkung ausüben, indem sie z.B. Migrantengruppen mit Partnerschaftsvereinen vernetzen sowie Migranten in Partnerschaftsaktivitäten und in ihre entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit einbeziehen.

4. Ziele und Handlungsfelder der Kommunalen Entwicklungspolitik

Vor dem Hintergrund der oben aufgeführten Potentiale und Verantwortlichkeiten sind übergeordnete Ziele der KEpol, sich der entwicklungspolitischen Verantwortung für die Auswirkungen kommunalen Handelns zu stellen, globale und entwicklungspolitische Themen lokal erfahrbar zu machen sowie zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern und anzuregen. Dabei sind Kooperation und Arbeitsteilung mit anderen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren der Entwicklungspolitik wichtige Erfolgsfaktoren. Eine stärkere und kohärente Einbeziehung und Einbettung der Kommunen in das Gesamtsystem staatlicher Entwicklungspolitik unter besonderer Berücksichtigung der spezifischen kommunalen Kompetenzen und der Vielfalt der vorhandenen Ansätze und Aktivitäten ist erstrebenswert.

Folgende Schwerpunkte stehen in der KEpol im Vordergrund:

- Verankerung von globalen und Nachhaltigkeitsthemen in allen relevanten Bereichen kommunalen Handelns (z.B. Beschaffungswesen, Klimaschutz)
- entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, die in allen Bereichen kommunalen Handelns Relevanz entfaltet, u.a. durch
 - Förderung eines entwicklungspolitischen Bewusstseins durch Bildungsmaßnahmen sowie durch eigenes vorbildhaftes Handeln in allen global relevanten kommunalen Handlungsfeldern;
 - Förderung und Vernetzung vorhandener Initiativen und Akteure;
 - Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, insbesondere entwicklungspolitisch engagierten Migrantengruppen;
 - Ermutigung zu bürgerschaftlichem entwicklungspolischem Engagement;
- Soweit Kommunen in der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern aktiv sind, stehen der Aufbau und die Pflege von Partnerschaften im Vordergrund. Erstrebenswert ist dabei eine systematische Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure in die Zusammenarbeit, um Inlands- und Auslandsarbeit eng miteinander zu verbinden, sowie eine Konzentration auf Lern- und Austauschprozesse zu lokalen Themen.
- Förderung und Unterstützung lokaler Strukturen und lokaler Demokratie in den Partnerkommunen der Entwicklungsländer durch das Einbringen kommunalen fachlichen Know-hows in die nationale, europäische und ggf. multilaterale Entwicklungszusammenarbeit (z.B. Entsendung von Experten, Teilnahme an internationalen Netzwerken)

III. Empfehlungen zur Stärkung der KEpol

Der BLA EZ gibt zur Stärkung der KEpol folgende Empfehlungen:

1. Rechtliche Rahmenbedingungen

Weder das Grundgesetz noch die Verfassungen der Länder sehen eine Ermächtigung der Kommunen zur Aufnahme von Auslandsbeziehungen vor. Nach Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG und den kommunalverfassungsrechtlichen Vorschriften der Länder sind die Kommunen auf Angelegenheiten ihres örtlichen Wirkungskreises beschränkt. Die Betätigung von Kommunen im Ausland wird jedoch von Bund und Ländern unter bestimmten Voraussetzungen als nicht nur zulässig, sondern auch wünschenswert betrachtet.

Die Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Länder (Arbeitskreis III ‚Kommunale Angelegenheiten‘) hat daher weitergehende Konkretisierungen zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit in einem Beschluss vom 3./4. Oktober 1985 in der Fassung vom 5./6. November 1987 (AK III Beschluss) vorgenommen (s. Anlage 2). Darin heißt es: „Grundvoraussetzung einer zulässigen kommunalen Auslandsarbeit ist, dass sie auf lokaler Ebene geschieht, mithin Gemeinden oder vergleichbare Institutionen im Ausland zum Partner hat und sich auf Gegenstände bezieht, die nach deutschem Rechtsverständnis Angelegenheiten der Gemeinden sind.“ Weitere Einschränkungen können sich aus der Außen- und Entwicklungspolitik des Bundes ergeben. Die Verfolgung der außen- und entwicklungspolitischen Ziele des Bundes ist den kommunalen Aktivitäten übergeordnet.

Der Unterausschuss „Kommunalverfassungsrecht und kommunale Personalangelegenheiten“ des AK III der IMK hat die unveränderte Anwendbarkeit des AK III-Beschlusses von 1987 in seiner Sitzung vom 17./18. September 2009 bestätigt (s. Anlage 3).

Schlussfolgerungen:

- i. Der Beschluss der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Länder (Arbeitskreis III ‚Kommunale Angelegenheiten‘) zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit vom 3./4. Oktober 1985 in der Fassung vom 5./6. November 1987 ist weiterhin ein ausreichender Rahmen zur rechtlichen Konkretisierung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit.
- ii. Eine zusätzliche Option ist die Aufnahme entwicklungspolitischer Aktivitäten als freiwillige Aufgabe in Form einer Verwaltungsvorschrift der Länder gemäß des Beispiels Rheinland-Pfalz. Den Ländern wird empfohlen, nach ihren Möglichkeiten zu prüfen, inwieweit diese Option oder eine andere Form der Stärkung der KEpol für sie realisierbar ist.

2. Entwicklungspolitik als Thema in der Kommune

Um die Beschäftigung mit dem Thema Entwicklungspolitik in den Kommunen zu befördern, die Verantwortung für entwicklungspolitische Auswirkungen kommunalen Handelns bewusst zu machen und Möglichkeiten kommunalen Engagements aufzuzeigen, ist ein intensiver Dialog innerhalb der Kommune wünschenswert. Eine gezielte Auseinandersetzung von Kommunalpolitik und -verwaltung mit den Möglichkeiten, Grenzen und Chancen der KEpol ist sinnvoll, um nachhaltige Akzente für die eigene KEpol setzen und diese in der Kommune dauerhaft zu verankern.¹⁵

¹⁵ Protokollnotiz Sachsen: "Der Beschluss der Ministerpräsidenten zur Entwicklungszusammenarbeit der Länder vom Oktober 2008 ist vollständig umzusetzen, dazu sind alle Ansätze auszuschöpfen um die Aktivitäten der Kommunen mit Entwicklungsländern verstärkt zu fördern. Zur Umsetzung des Beschlusses bedarf es keiner neuen Aufgaben, die auf die Kommunen übertragen werden. Es ist es den Kommunen bereits jetzt möglich, auf kommunaler Ebene mit Entwicklungsländern zusammenzuarbeiten. Der Beschluss des Bund-Länder- Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit zur Umsetzung des Beschlusses der Ministerpräsidenten kann daher, auch vor dem Hintergrund der Situation der Finanzausstattung der Kommunen, keine neuen Aufgaben auf die Kommunen übertragen. Die Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 27./28. Mai 2010 in Hamburg sprach sich unter Verweis auf die vom Bund eingesetzte Gemeindefinanzkommission für eine nachhaltige Verbesserung der Gemeindefinanzsituation aus. Dem liefe eine weitere Aufgabenzuweisung an die Kommunen zuwider."

Schlussfolgerungen:

i. Der BLA EZ möchte möglichst viele Kommunen ermutigen, im Zuge der Diskussion um die Verantwortung der Kommunen einen politischen Beschluss zu fassen, in dem sie sich zu ihrer globalen Verantwortung als nachhaltig handelnde Akteure bekennen.¹⁶ Im Rahmen dieser Diskussion ist ein gezielter Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren in der eigenen Kommune sinnvoll, um das entwicklungspolitische Engagement aufzuwerten und Kooperationsmöglichkeiten mit der Zivilgesellschaft zu erarbeiten.

Um diese Diskussion und Verankerung der Entwicklungspolitik zu unterstützen, wird nach der Sichtung bereits existierender Ratgeber und Leitfäden eine entsprechende Handreichung erarbeitet, die darlegt, wie ein Bekenntnis zu entwicklungspolitischer Verantwortung, beispielsweise in Form eines Ratsbeschlusses oder der Annahme der Millenniumserklärung des Deutschen Städtetags von 2007, aussehen kann. Diese Handreichung soll außerdem praktische Hinweise zu Möglichkeiten und Optionen entwicklungspolitischen Engagements der Kommunen bieten und anhand von Beispielen kommunaler Entwicklungspolitik andere Kommunen dazu ermutigen, sich ebenfalls zu engagieren. Die Handreichung soll von der SKEW unter Berücksichtigung des Kooperationsangebotes der kommunalen Spitzenverbände erstellt werden. Den Auftrag zur Erstellung der Handreichung erteilt das BMZ. Der Auftrag basiert auf Terms of References, die Bestandteil dieses Beschlusses sind. Eine finanzielle Unterstützung der Handreichung durch die Länder, die noch nicht an der Finanzierung der SKEW beteiligt sind, wäre hilfreich.

Diese Handreichung soll auf der Grundlage der in Ziffern I. bis II. erarbeiteten, gemeinsamen Sichtweisen u.a. folgende Themen behandeln:

- Einordnung und Bedeutung von KEpol;
- Überblick über Handlungsmöglichkeiten der Kommune;
- Inlandsarbeit (entwicklungspolitische Information und Bildung, Vernetzung, Beachtung entwicklungspolitischer Auswirkungen lokalen Handelns) und Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten als wesentlicher Schwerpunkt KEpol;
- Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Förderung und Vernetzung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, um mehr Menschen in der Kommune anzusprechen;¹⁷
- Partnerschaftsarbeit mit Kommunen in den Entwicklungsländern;
- enge Verzahnung von Inlands- und Auslandsarbeit;
- Aufnahme von Auslandserfahrungen und interkulturellen Kompetenzen in Personalentwicklungskonzepte der Kommunen;

Der Deutsche Städtetag hat in seinem Präsidiumsbeschluss vom 4. November 2009 zur Rolle der Kommunen als Partner der nationalen Entwicklungszusammenarbeit entschieden, einen Best-Practice-Leitfaden für Städte zu erstellen, die sich in Entwicklungs- und Transformationsländern engagieren möchte. Der BLA EZ bietet seine Kooperation bei der Erstellung dieses Leitfadens an.

ii. Der BLA EZ ersucht den Bund in Kooperation mit den Ländern und Kommunen Vorschläge zur Umsetzung internationaler Abkommen der neuen Entwicklungsarchitektur (Paris-Erklärung, Accra Agenda) auf kommunaler Ebene zu machen.

¹⁶ Aus der Sicht Bayerns können die Kommunen hierzu nicht ermutigt werden, da sie kein allgemeinpolitisches Mandat haben. Bayern trägt diese Aussage deswegen nicht mit.

¹⁷ Im Rahmen des von der Landeshauptstadt Stuttgart initiierten EU-Projektes „Nichtregierungsorganisationen und Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit“ wurde auf der gleichnamigen Konferenz in Stuttgart vom 14.-16. September 2009 eine AG mit dem gleichen Titel gegründet. Da sich diese AG gezielt mit der Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren in der KEpol befasst, sollen die Arbeitsergebnisse der AG von der Handreichung berücksichtigt werden.

3. Kommunikation und Vernetzung mit anderen Akteuren der Entwicklungspolitik

Bund, Länder und auch die Kommunen verfügen bisher nur über unzureichende Informationen über die KEpol in Deutschland. Die Erstellung eines systematischen Überblicks erscheint daher sinnvoll. In diesem Zusammenhang wird gleichzeitig eine engere Vernetzung mit Bund und Ländern angeregt, um den Kommunen zu ermöglichen, sich stärker in das Gesamtgefüge der staatlichen Entwicklungspolitik einzubringen.

Schlussfolgerungen:

- i. Die kommunalen Spitzenverbände werden künftig zum BLA EZ und zur Länder-Perspektivkonferenz eingeladen, um die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit den Kommunen bei den sie betreffenden Themen der Entwicklungspolitik zu vertiefen. Gleichzeitig begrüßt es der BLA EZ, wenn die Spitzenverbände ihre Kommunikation mit den Mitgliederkommunen zu entwicklungspolitischen Themen intensivieren und diese zu einem entsprechenden Engagement ermutigen.
 - ii. Der BLA EZ begrüßt es, wenn die kommunalen Spitzenverbände bestehende Datenbanken über die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Kommunen ausbauen und so mehr Transparenz als Grundlage für Vernetzung auf allen Ebenen schaffen. Die Datenbank ist unter www.rgre.de einsehbar unter dem Navigationspunkt KEZ-Projektdatenbank.
 - iii. Der BLA EZ verweist auf die besondere Bedeutung, die die Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik hat. Er begrüßt daher eine künftig engere Kooperation und Vernetzung der Kommunen mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren in der eigenen Kommune, sofern dies nicht ohnehin bereits praktiziert wird.
 - iv. Sind in einem Entwicklungsland mehrere Kommunen und/oder Länder engagiert, ist eine stärkere gegenseitige Vernetzung sinnvoll, um Erfahrungen und Ideen auszutauschen und arbeitsteiliges Engagement zu fördern. Vernetzung und Abstimmung im Sinne der Paris-Erklärung und des Aktionsplans von Accra sind auf allen staatlichen und nicht-staatlichen Ebenen sowie zwischen allen Akteuren wichtige Erfolgsfaktoren, um die Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern.
 - v. Die Länder werden gebeten, den MPK-Beschluss bekannt zu machen und dabei auf die Möglichkeiten und Chancen der KEpol hinzuweisen. Sie begrüßen es, wenn die Kommunen in ihren jeweiligen Kompetenzen entwicklungspolitische Auswirkungen berücksichtigen. Außerdem begrüßen sie es, wenn sich möglichst viele Kommunen an den Datenbanken beteiligen, um eine systematische Erfassung der KEpol in Deutschland zu ermöglichen und die Vielfalt kommunalen Engagements aufzuzeigen.
 - vi. Die Länder werden gebeten, die Möglichkeiten der Erfassung der KEpol für die ODA-Statistik zu prüfen und ggf. umzusetzen. Dabei wird auf das Pilotvorhaben von Nordrhein-Westfalen zur Erfassung der KEpol verwiesen.
 - vii. Der Bund wird gebeten, die Möglichkeiten einer stärkeren Einbeziehung der Kommunen in die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit zu prüfen. Dabei sollen Möglichkeiten auf Ebene des BMZ und auf Ebene der Durchführungsorganisationen einbezogen werden. Dies umfasst auch Effizienz- und Finanzierungsgesichtspunkte (s. auch Ziffer 4.)
-

4. Förderung und Finanzierung von KEpol

Nach Auffassung des BLA EZ könnten zusätzliche Fördermöglichkeiten die KEpol stärken und wirksamer machen. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) bietet vielfältige Beratungs- und Informationsleistungen an. Angesichts der wachsenden Bedeutung der KEpol und der noch unzureichend ausgeschöpften Potentiale der KEpol sollten jedoch zusätzliche Beratungs- und Informationsleistungen, Schulungen zur Förderung entwicklungspolitischer Kompetenzen, Vernetzungsmöglichkeiten und finanzielle Fördermöglichkeiten erwogen werden.

Schlussfolgerungen:

- i. Bund und Länder prüfen, ob und wie weitere Schulungsmöglichkeiten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen angeboten werden können.
- ii. Bund und Länder prüfen, wie eine gezielte Beratung und Begleitung der Kommunen bei EU- und anderen vorhandenen Förderquellen realisierbar ist.
- iii. Bund und Länder prüfen, ob und unter welchen Bedingungen eine zusätzliche Förderung der KEpol seitens Bund und/oder Länder realisierbar ist.

IV. Weiteres Vorgehen

Der BLA EZ einigt sich darauf, folgendermaßen vorzugehen:

- i. Zur Umsetzung dieses Beschlusses zur KEpol richtet der BLA EZ eine Task Force ein. In dieser sollen Bund, Länder und Kommunen vertreten sein. Aufgabe der Task Force ist es, die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen¹⁸ sicherzustellen, als Diskussionsplattform bei zwischenzeitlich auftretenden Fragen zu dienen und – sofern erforderlich und erwünscht – inhaltlichen Input zu geben. Sie berichtet über die Umsetzung des Beschlusses zur KEpol. Die Umsetzung sollte ein Jahr nach Beschlussfassung abgeschlossen sein.
- ii. Kommunikation des Themas KEpol im politischen Raum und in der Öffentlichkeit: Da der BLA EZ mit diesem Beschluss neue Anstöße für die KEpol geben und neue Akzente in der öffentlichen Diskussion setzen will, strebt er die Ansprache möglichst vieler Menschen an, die mit dem Thema KEpol bereits in Berührung sind oder dort zusätzliche Ansatzpunkte für ihr entwicklungspolitisches Engagement sehen. Der BLA EZ strebt daher die weitere Behandlung der KEpol im politischen Raum sowie begleitende öffentlichkeitswirksame Maßnahmen und Veranstaltungen an. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Umsetzung des Beschlusses des BLA EZ zur KEpol entwickelt die Task Force dazu geeignete Vorschläge.

Berlin, 07.06.2010

¹⁸ Thüringen macht darauf aufmerksam, dass die Voraussetzung zur Umsetzung konkreter Maßnahmen positive Prüfergebnisse sind.

Glossar

AGAH	Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen
agl	Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V.
AMR	Ausländer- und Migrationsrat, gemeinderätlicher Ausschuss in Heidelberg
BA	Bundesagentur für Arbeit
BLA EZ	Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CIM	Centrum für Internationale Migration und Entwicklung
DEAB	Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V.
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
EBD	Programm Entwicklungsbezogene Bildung Deutschland beim Regionalen Zentrum der Internationalen Weiterbildung und Entwicklung der GIZ Bremen
EED	Evangelischer Entwicklungsdienst
EPN	Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e. V.
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FEB	Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung
finep	forum für internationale entwicklung + planung
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (früher GTZ)
ILO	International Labour Organization
IZ	Interkulturelles Zentrum
KEpol	Kommunale Entwicklungspolitik
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
MDG	Millenium Development Goal (engl.), Milleniumentwicklungsziel
MDO	Migranten- und Diasporaorganisationen
MO	Migrantenorganisationen
MPK	Ministerpräsidentenkonferenz
NRO	Nichtregierungsorganisation (engl.: Non-Governmental Organization, NGO)
NRW	Nordrhein-Westfalen
ODA	Official Development Assistance
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
STUBE	Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika
ZAV	Zentrale Auslands- und Fachvermittlung
ZEB	Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung der evangelischen Landeskirche Württemberg

Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

1. Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
2. Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
3. Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
4. Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
5. Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
6. Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune. Bonn, August 2003. Neuauflage Juli 2006.
7. Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004. [vergriffen]
8. Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
9. Partner in alle Richtungen: Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004. Neuauflage Dezember 2005.
10. Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
11. Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Juni 2005. Neuauflage Juli 2006.
12. Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Magdeburg 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2005.
13. Hauptstadt des Fairen Handels 2005. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2005. [vergriffen]
14. Zwei Jahre Partnerschaftsinitiative. Two Years of Partnership Initiative. Bonn, Januar 2007.
15. Globales Handeln lokal verankern. Bundesweite Umfrage 2006. Bonn, Februar 2007.
16. Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Hamburg 2006. Dokumentation. Bonn, August 2007. [vergriffen]
17. Hauptstadt des Fairen Handels 2007. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2007.
18. UN-Millenniumentwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog. Fachkonferenz 2007. Bonn, Dezember 2007.
19. Deutsch-chinesische Kommunalbeziehungen: Motivationen, Strukturen, Aktionsfelder. Bonn, Dezember 2008. (deutsch/englisch/chinesisch)
20. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana. Potenziale und Handlungsrahmen im Mehrebenensystem am Beispiel der Partnerschaft NRW - Ghana. Bonn, August 2008.

21. Hauptstadt des Fairen Handels 2009. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2009.
22. Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene - Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.
23. Fair Handeln in Kommunen. Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.
24. Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts. Berlin 2010. Dokumentation. Bonn, November 2010
25. Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation, Studie, Bonn, Dezember 2010

Material-Reihe der Servicestelle

1. Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch. [vergriffen]
 2. Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call. [vergriffen]
 3. Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002. [vergriffen]
 4. Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002. [vergriffen]
 5. Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002. [vergriffen]
 6. Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
 7. Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
 8. Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
 9. Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003. [vergriffen]
 10. ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
 11. Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004.
 12. ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
 13. Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004. [vergriffen]
 14. Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004. [vergriffen]
 15. ModeratorInnen-Briefing. Thementeam bilden. Dezember 2004.
 16. Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle – Partnerschaftsinitiative.
 17. Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.
 18. Pressespiegel. Medienberichterstattung zur Servicestelle Partnerschaftsinitiative. Januar-Juli 2005.
-

19. Pressespiegel 2005. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2005.
 20. Ein Jahr nach dem Tsunami. Dialogveranstaltung 07.12.2005. Dokumentation.
 21. Finanzierungsmöglichkeiten kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Dokumentation vom 19.06.2006. [vergriffen]
 22. Pressespiegel 2006. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2006.
 23. Viertes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 18.12.2006.
 24. Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. Revidierte Neuauflage 2011.
 25. Städte als Partner für nachhaltige Entwicklung – Bilanz und Perspektiven 15 Jahre nach Rio. Sonderausgabe eines Beitrags in: Der Planet der Städte. Germanwatch (Hg.). Münster 2007.
 26. Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Auftaktworkshops vom 27.04.2007.
 27. Pressespiegel 2007. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2007.
 28. Migration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbinden. Dokumentation eines Seminars vom 28.08.2007. Bonn, Dezember 2007.
 29. Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten europäischen Ländern. Fallstudien zu Frankreich, Norwegen und Spanien. Bonn, Dezember 2007.
 30. Fünftes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 04.12.2007.
 31. Migration und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Gutachten zum aktuellen Stand und den Potenzialen des Zusammenwirkens. Bonn, April 2008. [vergriffen]
 32. Kommunale Dreieckspartnerschaften: Studie zur Zusammenarbeit mit Burkina Faso. Bonn, April 2008.
 33. Kommunale Dreieckspartnerschaften: Stationen des Pilotprojektes 2007. Bonn – Kehl – Ouagadougou. Bonn, April 2008.
 34. Sechstes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt - vom Projekt zum Programm. Dokumentation vom 24.09.2008
 35. Pressespiegel 2008. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2008.
 36. Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Workshop in Ettlingen vom 15. November 2008 (Deutsch/Französisch) [vergriffen]
 37. Die Bundeskonferenzen der Kommunen und Initiativen. 1988-2009. Bonn, September 2009.
 38. Pressespiegel 2009, Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2009.
 39. Partnerschaften deutscher Kommunen am Beispiel Lateinamerika. Grundlagen, Stand und Perspektiven. Bonn, Juni 2010
 40. Kommunale Dreieckspartnerschaften. Stationen des Modellprojekts 2008-2009. Bonn, November 2010.
 41. Kommunale Partnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana. Dokumentation des Workshops vom 22.4.2010 in Köln. Bonn, Juli 2010
 42. 50 Kommunale Partnerschaften bis 2015. Vorstudie. Bonn, Juni 2010
 43. Pressespiegel 2010. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2010.
 44. Südafrika 2010 – Deutschland 2006: Kommunale Partnerschaft mit Kick! Abschlussevaluierung. Bonn, Februar 2011
-

45. Erste bundesweite Konferenz "Kommunale Partnerschaften mit Afrika" in Ludwigsburg 2010 – Dokumentation. Bonn, Juni 2011.
46. Siebtes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt – Sparen mit dem Bürgerhaushalt? Dokumentation vom 2.2.2011. Bonn, Juni 2011.
47. Workshop "50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015" - Dokumentation. Bonn, Juni 2011.
48. Erstes bundesweites Netzwerktreffen Migration und Entwicklung. – Dokumentation. Bonn, Oktober 2011

Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003) [vergriffen]
- Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003) [vergriffen]
- Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004) [vergriffen]
- Servicestelle Partnerschaftsinitiative / Service Agency Partnership Initiative (September 2005) [Englisch und Deutsch] [vergriffen]
- Kulturen der Welt vor Ort. Argumente für eine weltoffene Kommune. (Juni 2005) [vergriffen]
- Südafrika 2010 – Deutschland 2006. Kompetenz und Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung (2007) [Englisch und Deutsch]

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Unsere Strategie. Bonn 2010.
- Konzeption der Servicestelle. Bonn 2001. [vergriffen]
- Unser Profil [Englisch und Deutsch]
- Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle [Deutsch, Englisch, Französisch]
- Dokumentationen "Petersberger Gespräch"/"Petersberg Dialogue" am 18.06.2002. [vergriffen]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
- Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)
- Empfehlungen von Hamburg. Schlusserklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Hamburg, November 2006 (Deutsch)
- Herausforderung Klimawandel. 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Bonn 2009.
- Erklärung von München. Schlusserklärung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet München, Juni 2009 (Deutsch/Englisch/Französisch)
- UN-Millennium-Gates. Acht Tore. Acht Ziele. Flyer zur Ausstellung im Rahmen der Kampagne 2015. (Deutsch) [vergriffen]
- Evaluation der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, Dezember 2005.
- No Excuse 2015. Aktiv vor Ort - Kommunen handeln jetzt! UN-Millenniumentwicklungsziele: Chancen in den Kommunen nutzen! Bonn, September 2005. [vergriffen]
- Infotainment und Bildungsarbeit in Deutschland. Infotainment and Educational Campaigns in Germany. Bonn, November 2007.

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003. [vergriffen]
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes "Kommunen in der Welt". Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
- Documentation "Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation." 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch] [vergriffen]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch]
- Genuss mit Zukunft – Francisco Aguilar und sein Bio-Kaffee. dwp eG (Hg.), Ravensburg. CD-ROM/DVD. Bezug: dwp, info@dwp-rv.de
- Mayors's Conference on Early Warning – on the occasion of the Third International Conference on Early Warning in Bonn, 26th March 2006. In cooperation with City of Bonn and German Committee for Disaster Reduction/DKKV e.V., Bonn 2006.
- Nach dem Tsunami. Von der Nothilfe zu langfristigen Partnerschaften. In Kooperation mit: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (Hg.), Frankfurt/M., Reihe Dritte Welt-Information. Pädagogik praktisch, Heft 1/2/2006, Frankfurt/M. 2006.
- Buy Fair – Ein Leitfaden für die öffentliche Beschaffung von Produkten aus dem Fairen Handel. In Kooperation mit ICLEI. Freiburg/Bonn 2007. [vergriffen]
- Nachhaltigkeit: Das Plus vor Ort. In Kooperation mit Agenda-Transfer. Bonn 2007.
- Nord-Süd-Schulpartnerschaften – wie geht das? Eine Orientierungshilfe. In Kooperation mit: Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein sowie Diakonisches Werk Schleswig-Holstein. Kiel, Rendsburg, Bonn 2007/2011.
- Documentation: Mayors Conference 2008 "Local Action for Biodiversity". Bonn 29. May 2008.
- Flyer: FairTradeTown und Hauptstadt des Fairen Handels. In Kooperation mit TransFair e.V., Köln und Bonn 2008.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage.

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Über uns

Eine Welt beginnt vor Ort

Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit. Das Leben der Menschen in dieser Einen Welt ist von einer nie dagewesenen Dynamik geprägt. Sie wollen Schritt halten und gleichzeitig nachhaltig Verantwortung für die Entwicklung lebenswerter Bedingungen übernehmen? Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement in Ihrer Kommune, mit Ihren Bürgerinnen und Bürgern, wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft entwickelt sich durch kommunale Partnerschaften vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Das Team steht für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen. Verknüpfen Sie Ihre Potenziale mit denen anderer.

Steigern Sie das internationale Profil Ihrer Kommune durch globales Wissen im Austausch. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

Wir arbeiten

an den Themen der Zukunft:

- Deshalb helfen wir **kommunale Partnerschaften mit Entwicklungsländern** - aktuell mit den Schwerpunkten: **Klima, Dreieckskooperationen, Bürgerhaushalt, Fußball** – auf- und auszubauen.
- Deshalb unterstützen wir **Migration und Entwicklung** und arbeiten mit **lokalen Diasporen** zusammen.
- Deshalb fördern wir ein **Faires Beschaffungswesen** als kommunaler Beitrag zur Ausweitung des **Fairen Handels**.

Wir sind

- Kompetenzzentrum für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,
 - Partner für nachhaltige kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung der MDGs,
 - Förderer von Netzwerken und internationalem Know-how-Austausch mit Kommunalexperthen in Entwicklungs- und Schwellenländern,
 - Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften,
 - Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen,
 - Unterstützer entwicklungspolitischer Aktivitäten für sozialen Zusammenhalt, politische Partizipation und Gleichberechtigung.
-

Wir bieten

- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen sowie nationale und internationale Bürgermeisterforen,
- die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke,
- Wettbewerbe,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch vor Ort in den Kommunen,
- die Publikationsreihen Dialog Global und Material sowie Sonderveröffentlichungen als Print- und Download-Versionen,
- eine umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de mit aktuellen Informationen und umfangreichen Links und Datenbanken,
- Internetportale, beispielsweise www.buergerhaushalt.org,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder.

Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen.

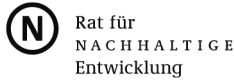
Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltig die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / GIZ GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn

0228/4460-1600

www.service-eine-welt.de



Deutscher Städte- und Gemeindebund



DEUTSCHER LANDKREISTAG



Rat der Gemeinden und Regionen Europas Deutsche Sektion



VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK DEUTSCHER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN e.V.



dbb beamtenbund und tarifunion



Deutsche UNESCO-Kommission e.V.



Auswärtiges Amt



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



DIÖZESANRAT DER KATHOLIKEN IM ERZBISTUM KÖLN



Deutsches Institut für Entwicklungspolitik



German Development Institute



Die Servicestelle in der GIZ GmbH wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen und der Stadt Bonn.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, Deutsche

Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Deutscher Beamtenbund, Deutsche UNESCO-Kommission e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik und Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V.